

LÜGEN GEGEN RECHTS

Eine Chronologie



Stand: April 2012 (Erweiterung der Zitate, Erweiterung der ausgewählten Artikel zum „Kampf gegen rechts“ und Korrektur der Internet-Verknüpfungen, Aufnahme der „Dönermorde“ in die Chronologie und ein vorgetäuschter Überfall von „Nazis“, Germar Rudolf über die Beschneidung von Menschenrechten)

Im sog. *Kampf gegen rechts* ist den etablierten Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linkspartei jedes Mittel recht, um ihre politischen Gegner zu diskreditieren. Er ist die „moderne Form des mittelalterlichen Exorzismus und wird, wie jener, mit magischen Ritualen geführt. Das Tribunal sind nicht mehr die Inquisitoren, sondern die Medien. Anstelle der Hexenverbrennungen gibt es, streng autoaggressiv wie im Protestantismus üblich, Fackelzüge alias Lichterketten. Man bekennt sich schuldig und verbrennt symbolisch die eigenen Sünden. Die Bösen sind ja bekanntlich uneinsichtig und kommen bei den Ritualen der gut Meinenden gar nicht vor.“¹

Wer sich heute als „Rechter“ bekennt, wird - vorzugsweise von sog. *Antifaschisten* - oft Repressalien ausgesetzt, die das vorzeitige Karriereaus und gesellschaftliche Abseits bedeuten können. Längst wird nicht mehr zwischen *Rechten*, *Rechtsextremen* und (*Neo*-)*Nazis* differenziert, so dass sich seit geraumer Zeit aus Feigheit und Opportunismus auch die CDU dem Zeitgeist angepasst hat und sich als *Partei der Mitte* versteht. Jede Partei, die sich rechts der CDU positionieren will und Tabuthemen wie z. B. Ausländerkriminalität, die Islamisierung Deutschlands oder gar den *Holocaust* kontrovers thematisiert, gerät unter aggressiven Beschuss der etablierten linken einheitlich ausgerichteten Massenmedien und oben erwähnten Parteien. Selbst die einst erzkonservative CSU biedert sich dem linken Zeitgeist an und will sich am *Kampf gegen rechts* beteiligen.²

Mit unzähligen staatlich geförderten Projekten (200 Millionen Euro seit 2001³) wie *mut-gegen-rechte-gewalt.de*, *Gesichtzeigen.de*, *netz-gegen-nazis.de*, *www.aktion-gegen-rechts.de* und etlichen privaten Webseiten soll der Eindruck vermittelt werden, dass Rechte Ausländerhasser, Gewaltverbrecher und Neo-Nazis seien, wobei man sich oft nicht mal die Mühe macht, zwischen Nazis und Neo-Nazis zu differenzieren. Der „Nazi“-Begriff ist heute gesellschaftlich schon so sehr verankert, dass er willkürlich angewendet wird, um Andersdenkende mundtot machen zu wollen und zu verunglimpfen. Da wird dann auch mal „rechte Gewalt“ erfunden, um damit eine „Gefahr von rechts“ zu suggerieren, die gar nicht existiert, nichtsdestotrotz aber immer wieder als „Anstieg rechtsextremer Straftaten“ propagiert wird.

Mit welcher Perfidie angeblich von *Neo-Nazis* oder *Rechtsextremisten* begangene Taten wie die in dieser Chronologie aufgeführten relativiert werden und somit das Pferd von hinten aufgezäumt wird, das zeigte sich mir vor kurzem in einem Wissensforum, in dem jemand schrieb, dass sich „alle Neo- oder sonstige Nazis sich bei zukünftigen Taten immer darauf berufen können, dass die Presseberichte ja nicht stimmen“.

Ja, warum sollten sie das denn auch nicht machen, wenn der zugrunde liegende Fall nun mal erstunken und erlogen ist? Vor allem sollte sich hier erst mal die elementar wichtige Frage stellen, was einen (Neo-)Nazi überhaupt ausmacht. In der Regel weiß der Ankläger darauf nämlich keine Antwort - wie denn auch, wenn er seine Informationen aus Quellen bezieht, die alles andere als politisch neutral sind?: Wer politisch auf der „richtigen“ Seite steht, hat noch nie Argumente gebraucht, sondern lediglich das Wohlwollen derer, die in Staat und Gesellschaft das Sagen haben.

Eine Aufklärungsschrift dieser Form ist schon lange überfällig. Während linksgerichtete Projekte, die gegen „rechts“ „aufklären“, wie Pilze aus dem Boden schießen und in jüngerer Zeit durch die sog. „Dönermorde“ Auftrieb erhalten haben, sind aufklärerische Projekte der rechten Seite in Form von Zeitschriften, Blogs und Foren mangels breiter Unterstützung und zunehmenden Repressionen eines der Antifa zugewandten Staates noch sehr überschaubar und beschränken sich meist auf die Erörterung aktueller Themen.

Die in diesem Dokument enthaltene Chronologie soll einen umfassenden und möglichst lückenlosen Überblick aller propagierten „rechten Straftaten“ beinhalten und die Vorgehensweise der politischen Gegner aufzeigen. Eine Mitarbeit in Form von zugesandten Links, gesannten Zeitungsartikeln oder auch eigenen Recherchen ist ausdrücklich erwünscht!

Wortgetreue Zitate sind hellgrau unterlegt und natürlich mit Quellenangaben versehen. Da das Internet sehr schnelllebig ist, kann es sein, dass der ein oder andere Link nicht mehr stimmt. In diesem Fall bitte ich um einen Hinweis.

¹ **Burkhard Schröder:** „Der ‘Kampf gegen rechts’ ist gescheitert“, *Telepolis*, 21.09.2004

² „CSU kämpft ‘gegen Rechts’“, *Junge Freiheit*, 16.03.2009

³ „200 Millionen Euro im ‘Kampf gegen Rechts’“, *Junge Freiheit*, 24.06.2008

Inhaltsverzeichnis

April 1979, Berlin-Spandau	3
1979, TV-Ausstrahlung	3
Dezember 1982, Frankfurt am Main	3
Januar 1983, Nürnberg	3
26. Januar 1983, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung	4
Februar 1983, NDR („III nach Neun“)	4
Mai 1983, Fernsehfilm „Die Eichmann-Protokolle“	4
1985, Nesselwang	4
September 1990, Frankfurter Allgemeine Zeitung	5
Oktober 1991, Berlin	5
November 1991, Greifswald	5
1992, RTL („Explosiv“)	6
Januar 1994, Halle	6
Januar 1996, Lübeck	6
März 1996, Ruhrgebiet	7
März 1997, Krefeld	7
Juni 1997, Sebnitz	7
September 2000 - April 2006, bundesweit, „Dönermorde“	8
Oktober 2000, Düsseldorf	10
Dezember 2002, Brandenburg/Guben	10
April 2006, Potsdam	10
Mai 2006, Berlin	12
Oktober 2006, Pary/Sachsen-Anhalt	13
Juli 2007, Berlin Pankow/Heinersdorf	14
August 2007, Mügeln/Sachsen	16
November 2007, Mittweida	16
Februar 2008, Ludwigshafen am Rhein	17
März 2008, Backnang/Baden-Württemberg	20
November 2008, Siegen	20
Dezember 2008, Passau	20
April 2012, Hamburg-Eilbek	25
Achtzehn Lügen gegen rechts	26
Hetze gegen rechts	31
Ausgewählte Artikel zum Thema Kampf gegen rechts	32
Linke Gewalt und rechte Gefahr: Der schiefe Blick	32
Germar Rudolf über die Beschneidung von Menschenrechten	33
Zitate	34
Zitate	35
Zitate	36

April 1979, Berlin-Spandau

In einem Lokal in Berlin-Spandau greift die Polizei (Staatsschutz) drei junge Leute auf, die in verbotenen NS-Phantasiekostümen in Fernsehkameras lärmten. Bei späteren Vernehmungen erklärten die „Neonazis“ übereinstimmend, sie seien für ein Honorar von 250 DM zu diesem Aufzug veranlasst worden. Journalisten vom WDR hätten diese Kleidung aus-

drücklich verlangt und seien sogar selbst mit NS-Symbolen und -Zeitungen erschienen, um diese dann wirksam ins Bild zu setzen. Hintergrund: Die WDR-Mannschaft bereite einen Bericht über „Neonazis“ für die Sendung „Monitor“ vor.¹

1979, TV-Ausstrahlung

Ebenfalls im Jahre 1979 trug sich während einer TV-Ausstrahlung folgendes zu. Das Magazin „Trans-Media“ berichtete zehn Jahre später, in seiner Ausgabe Nr. 7/1989: „Eine Expertenrunde im WDR. Das Thema ‘Rechtsradikale’. Bevor Moderator Ivo Frenzel die Live-Diskussion eröffnet, wird ein Dokumentarfilm eingespielt. So heißt er wenigstens. Sein Titel ‘Neonazis in Berlin’. Einem der Experten, dem Schweizer Wissenschaftler und Publizisten Dr. Armin Mohler, kommen die darin agierenden beiden Halbstarken ein wenig zu martialisch vor. Auf gut Glück pflaumt er, noch während der Streifen im Studio über die Bildschirme flimmert,

den neben ihm sitzenden Autor des Filmes an: ‘Wieviel habt Ihr denn diesen beiden Deppen fürs Nazi-Spielen gezahlt?’ Der Angesprochene grinst und antwortet Mohler, den er offensichtlich für einen ‘vom Haus’ hält: ‘165 Mark’. Der Film ist zu Ende, der Live-Teil der Sendung beginnt. Und Mohler packt sofort aus, was er gerade gehört hat: Daß ein öffentlich-rechtlicher Sender zwei jungen Berlinern für das Mimen von Rechtsradikalen 165 DM gezahlt hat. Der Autor ist baff, wird rot, kann sich nicht einmal zu einem schwachen Dementi durchringen, sondern stöhnt lediglich hervor: ‘Ja, aber 165 für beide zusammen...’²

Dezember 1982, Frankfurt am Main

Gespensische Szenen in Frankfurt am Main im Dezember 1982: In einer Fußgängerzone gehen finster dreinblickende „Neonazis“ auf Fußgänger los, um ihnen Flugschriften mit verbotenem Inhalt in die Hand zu drücken. Eingeschüchterte Passanten nehmen die Hetzschriften entgegen. Das Ganze geschieht vor einer Polizeihauptwache. Von der Polizei dennoch keine Spur. Jedoch vor Ort: Ein Kamerateam des Westdeutschen Rundfunks, das die furchterregenden Szenen filmt. Inszeniert wurde hier gerade der Film „Die verdrängte Gefahr“, der schließlich im Januar 1993 zur Ausstrahlung kam. Später gab Frankfurts Polizeipräsident Gemmer bekannt: Die ganze Szenerie war gestellt und zwischen

dem WDR und den „Neonazis“ abgesprochen. Dem Fernsehpublikum sollte später vorgegaukelt werden, daß „Antisemiten“ in der Bundesrepublik Deutschland ungehindert ihr Unwesen treiben können. Gemmer empörte sich zurecht, daß das WDR-Team nicht nur gefilmt, sondern zu der Tat angestiftet hatte. Der Polizeipräsident: „Rechtmäßig einschreitende Polizeivollzugsbeamte sind nach einem offensichtlich vorhandenen Drehbuch bewußt in eine bestimmte Rolle gedrängt worden.“ Damit seien die ohnehin überbelasteten Beamten zu Statisten von Szenen degradiert worden, die der gesellschaftlichen Realität nicht entsprächen.³

Januar 1983, Nürnberg

Hakenkreuzschmierereien an 50 Grabsteinen des Petersfriedhofes in Nürnberg. Fernsehen und Medien im Chor: Eine Untat von „Rechtsextremen!“ Dann stand in der Münchner „Abendzeitung“ zu lesen:

„Der Fernsehfilm ‘Die verdrängte Gefahr’ stiftete drei Jugendliche in Nürnberg nach eigener Aussage zur Friedhofsschändung an: Thomas S. (15), Uwe W. (16) und Mathias W. (15) waren die Haken-

¹ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

² Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

³ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

kreuzschmierer... Am Mittwochabend wurden sie von der Polizei geschnappt. In dem Film führen Jugendliche als 'Mutprobe' eine Friedhofsschändung vor. Die Polizei geht davon aus, dass die Aktion nicht politisch motiviert war.“ Die aufgesprühten Parolen auf den Grabsteinen waren in dem WDR-Film sozusagen vorgegeben worden. Schlimm: Nach

der Tat sahen sich bundesdeutsche Massenmedien veranlasst, eine riesige Propagandawelle in Szene zu setzen. Überall konnte man – bis ins Ausland – von der schrecklichen Tat der Nürnberger Jugendlichen lesen...¹

26. Januar 1983, *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*

Interessante Meldung aus der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“ vom 26. Januar 1983: „Ein Honorar von 750 Mark hat der Westdeutsche Rundfunk (WDR) an Rechtsextremisten für Interviews

bezahlt. NRW-Finanzminister Posser sagte, es habe sich um einen 'üblichen Honorarbeitrag' gehandelt.“²

Februar 1983, NDR („III nach Neun“)

Schock während der NDR-Sendung „III nach Neun“. Diskussionsrunde zum Thema „Neonazismus“. Plötzlich springt ein „NS-Fanatiker“ auf, stößt wüste Drohungen gegen „Rote“ aus und geht dem Fernsehmoderator an den Kragen. Der „Nazi-

Attentäter“ live! Die Fernsehnation hält den Atem an. Schließlich müssen die Verantwortlichen zugeben, daß der Vorfall gestellt war. Ein Fernsehmitarbeiter hatte den „Rechtsradikalen“ gespielt.³

Mai 1983, Fernsehfilm „Die Eichmann-Protokolle“

Im Fernsehen läuft das Theaterstück „Die Eichmann-Protokolle“ des Umerziehungsjournalisten Jochen von Lang (der eigentlich Piechocki heißt und bis Hitlers Ende 1945 im Reichspropagandaministerium als SS-Durchhaltetrommler tätig war). Mitten in der TV-Ausstrahlung kommt es plötzlich zu „Nazi-Provokationen“ aus dem Zuschauerraum. Es hagelt „antisemitische Parolen“ und „NS“-Sprüche. Die Schauspieler sind sichtlich geschockt. Millionen an den Fernsehschirmen sehen, wie Eichmann-Darsteller Werner Kreindl entnervt aufspringt und „aus Protest“ die Bühne verläßt. Er stammelt in die Fernsehkamera: „Tut mir leid, ich kann nicht mehr.“ Der Fernseh-Skandal, hervorgerufen durch „Neonazis“, war perfekt. Hunderte Anrufe gingen beim Sender, dem NDR,

ein. Radio Bremen vermeldete den „antisemitischen Eklat“ sogar in den Abendnachrichten. Wenig später flog der Schwindel auf: Die Fernsehmacher gaben zu, daß zwölf Schauspieler im Auftrag des Senders ins Publikum gemischt worden waren und die „spontanen Zwischenrufe“ genau einstudiert hatten. Auch Darsteller Kreindl hatte zuvor vom Regisseur genaue Anweisungen bekommen, wann er „empört und entnervt“ abzutreten hatte. Regisseur Dieter Wedel rechtfertigte seinen Einfall so: „Entschuldigen Sie den Ausdruck, aber nach diesem entsetzlichen Gespräch (die Vernehmung Eichmanns durch einen israelischen Geheimdienstoffizier) würde mir das Kotzen kommen, wenn man gleich nach dem Stück zur Tagesordnung übergegangen wäre.“⁴

1985, Nesselwang

Daß die Fernseh-Wirklichkeit schon mal „rechte Gewalt“ mit Straftaten von Linken „verwechselt“,

zeigt sehr gut das Beispiel Nesselwang. Der Fall in Kurzform: Nach Aufrufen einiger DGB-Funktionäre

¹ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

² Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

³ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

⁴ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

und etablierter linker Politiker versammelten sich 1985 anlässlich eines Treffens einstiger Waffen-SS-Soldaten in Nesselwang/Allgäu mehrere tausend Demonstranten, um gegen die Veteranen zu „protestieren“. In Nesselwang - wie in anderen Orten auch - kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ex-Soldaten von seiten der teils vermummten und bewaffneten Demonstranten. Auf Weisung „von oben“ griff die Polizeieinsatzleitung erst ein, als Hunderte Delikte bereits begangen worden waren. Vorher hatte man (natürlich vergeblich) einen Polizeipsychologen gegen die Terroristen zum Einsatz gebracht. Nach Mitteilung des damaligen bayerischen Innenministeriums waren etliche der Festgenommenen den Behörden als Berufskrawallmacher einschlägig bekannt. Kundgebungsteilnehmer sagten aus, daß die Demonstranten vom Veranstalter sogenannte Handgelder erhalten hätten. So seien bei der Anreise aus der näheren Umgebung 87 Mark, aus weiter entfernten Gebieten 108 Mark als „Unkostenbeitrag“ gezahlt worden, berichtete seinerzeit die „Allgäuer

Zeitung“.

Inspiriert von überseeischen „Informanten“, brachten bundesdeutsche Medien abenteuerliche Darstellungen über die „Umtriebe der Veteranen“ in Nesselwang. In den USA hatte Rabbiner Marc H. Tannenbaum unter anderem „berichtet“, die Veteranen seien in drei Tiger-Panzern aus dem 2. Weltkrieg vor dem Hotel „Krone“ vorgefahren. Aber auch deutsche Fernsehanstalten vermittelten ein Bild, das friedliche Demonstranten gegen bösartige „Neonazis“ zeigte. Eine Protestflut löste insbesondere die Sendung „Länderspiegel“ (ZDF) vom 14. Dezember 1985 aus. Hier wurden in den Augen vieler Gebührenzahler die Gewalttäter glorifiziert.

Daß einige Medien sogar linke Chaoten im Bild zeigten und dann dazu anmerkten, es handele sich um „rechte Täter“, gilt vielfach als Startschuß einer ganz neuen TV-Masche: Heute wird Rechtsterror nicht mehr auf klassische Weise „fingiert“, sondern schlicht und einfach „herbeigesendet“. ¹

September 1990, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Bemerkenswerte Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Bei den Feiern zur deutschen Einheit liegen den Sicherheitsbehörden Hinweise vor, daß Fernsehteams aus aller Welt gegen Bezahlung Tips aus der Chaotenszene erhielten, um extre-

mistische Aktionen filmen zu können. Der ‘Preis’ für einen ‘fernsehgerechten Auftritt’ rechter Extremisten mit Singen des Horst-Wessel-Liedes und Hitlergruß beispielsweise betrage 2000 DM.“ ²

Oktober 1991, Berlin

Ein Rias-TV-Team zahlt für die Marzahner Skinheads die Zeche in einem Lokal. Prompt zogen die etwa 15 Skinheads vor ein Wohnhaus mit jüdischen Bewohnern, „um dieses zu stürmen“. Am kommenden Tag wiederholte sich die Kneipenmasche, und abermals marschierten die Marzahner Glatzen los.

Gesendet wurde ein entsprechender Filmbeitrag am 19. Oktober 1991. „Skinheads attackieren vor laufender Kamera ein Wohnheim, in dem Vietnamesen leben“, berichtete die Berliner „taz“ am 26.10.1991. Realität oder inszenierte Gewalt? ³

November 1991, Greifswald

Der sogenannte Überfall von Rechtsradikalen auf das Ausländerheim in Greifswald, der zur „Flucht“ von 70 Asylbewerbern nach Schleswig-Holstein führte, hatte ganz andere Hintergründe: Szenen, die auch von den ARD-„Tagesthemen“ gesendet wurden, spielten sich nicht etwa vor dem Ausländerheim ab, sondern waren in einem Fußballstadion gedreht worden.

Mit den Bildern hatte man den Eindruck erweckt, „Rechtsradikale“ hätten ein Asylantenhaus gezielt angegriffen, und die Asylbewerber seien in akuter Lebensgefahr gewesen. Faustgroße Pflastersteine seien keineswegs von „Ausländerfeinden“ durch Fensterscheiben geworfen worden, so ergaben die Recherchen, sondern von einigen Asylbewerbern selbst. Sogenannte „Unterstützungsgruppen“ (links-

¹ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

² Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

³ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

radikale „Autonome“), die die Asylbewerber in Privatautos von Greifswald nach Norderstedt (Schleswig-Holstein) transportierten, hätten erst „psycholo-

gischen Druck“ auf manche ihrer Schützlinge ausüben müssen, um ihnen einzubläuen, daß ihnen in Greifswald „der sichere Tod“ drohe. ¹

1992, RTL („Explosiv“)

Der Kölner Sender „RTL“ zeigte 1992 in der Sendung „Explosiv“ Skinheads mit erhobenem rechten Arm vor einem Kriegerdenkmal in Dresden. Dem Zuschauer sollte einmal mehr das Gespenst einer „rechten Gefahr“ vor Augen geführt werden. Doch die Filmszenen erwiesen sich als Schwindel. An der Aktion beteiligt war der Skinhead Dirk Hanske. Der

damals 22jährige packte später aus: „Der Reporter Tobias Becker hat uns für den Hitler-Gruß Bier ausgegeben und 1000 Mark versprochen.“ Nachzutragen ist in diesem Zusammenhang, dass „Explosiv“ die gestellten Bilder bereits Monate zuvor gedreht hatte und dann wahllos im Zusammenhang mit den Ereignissen von Rostock zeigte. ²

Januar 1994, Halle

Der Fall des behinderten, seelisch zerrütteten Mädchens Elke aus Halle, das sich – offenbar angestachelt von einer entsprechenden Spielfilm-Szene kurz zuvor im Fernsehen – ein Hakenkreuz selbst ins Gesicht schnitt, um dann zu behaupten, (drei) „Neonazis“ hätten sie überfallen, hatte 1994 zu einer Welle der Hysterie gegen rechts geführt. Bevor die Wahrheit ans Licht kam, wüteten Fernsehen und Presse wie von Sinnen gegen die politische Rechte wegen der „Nazi-Schandtat von Halle“.

Nicht nur die vermeintlichen Täter (angeblich „Skinheads“, deren „Phantombilder“ sogar bundesweit verbreitet wurden), sondern alle Rechten wurden als „Bestien“, „Schweine in Menschengestalt“ usw. beschimpft. ³

Der Fall geriet weltweit in die Schlagzeilen; so berichtete die New York Times großflächig über die Missetat. Tags darauf versammelten sich mehr als

10.000 Menschen (die Welt schreibt von 15.000 ⁴) auf dem Marktplatz von Halle zu einer Solidaritätsdemonstration für das Opfer und zur Kundgebung gegen „Terror von rechts“. Wenig später räumte das Mädchen ein, die Tat nur vorgetäuscht zu haben. Kurz darauf berichtete eine Berliner Antifa-Gruppe, Neonazis hätten in der S-Bahn einer 20-Jährigen ein Hakenkreuz in den Bauch geritzt. Die Ermittlungen der Polizei blieben ohne Ergebnis. ⁵



Januar 1996, Lübeck

Am 18. Januar 1996 brannte in der Hafenstraße in Lübeck ein Asylbewerberheim nieder. Zehn Asylbewerber kamen um. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog (CDU) sagte: Für den Fall, dass es sich um einen Brandanschlag gehandelt habe, wolle er in aller Offenheit die Frage nach der Wirksamkeit deutscher Sicherheitspolitik aufwerfen: "Dann geht meine Geduld allmählich zu Ende." Es war tatsächlich ein Brandanschlag. Es wurden auch vier angebliche Neonazis aus dem mecklenburgischen Greves-

mühlen unter Tatverdacht festgenommen. Plakate für Trauerkundgebungen wurden gedruckt: "Nazi-Massaker durch Brandanschlag in Lübeck!" Ministerpräsidentin Heide Simonis begab sich an den Brandort. Aber die vier aus Grevesmühlen waren nicht die Brandstifter. Sie wurden wieder freigelassen. Das Lübecker Landgericht urteilte 1997: Das tödliche Feuer sei mit großer Sicherheit von einem oder mehreren Flüchtlingen des Heimes selbst ge-

¹ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

² Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

³ Sven Eggers: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

⁴ WELT, 17.12.2000

⁵ [netzwerkrecherche](#) (Blog), 06.02.2009

legt worden. ¹

März 1996, Ruhrgebiet

Gefundenes Fressen für Fernsehen und Massenmedien: Am Vortag der Landtagswahl von Schleswig-Holstein im März 1996 berichten Medien brüllend von einem „Nazi-Mörder“, der einen „Wald voller Leichen“ im Ruhrgebiet angelegt habe. Es geht um den 27-jährigen Thomas Lemke, ein „wahres bluttriefendes Monster“ und „Beispiel für die rechte Gefahr“. April 1996: Nach Angaben der zuständigen Kripo hat Lemke drei der sechs von ihm gestandenen Morde frei erfunden. Die drei übrigen Morddelikte hat er nach den Ergebnissen der Ermittler nicht aus politischen, sondern aus persönlichen Motiven begangen. Zweimal tötete er junge Frauen nach Vergewaltigungen; einen jungen Mann brachte er „aus persönlichen Rachegefühlen“ um. Die „WAZ“ meldete in ihrem Ruhrgebiets-Lokalteil: „Politische Hintergründe sind für Staatsanwalt Christian Gutjahr erledigt. Es habe zwar Kontaktversuche von Thomas Lemke gegeben, aber die einschlägige Szene habe ihn als ‘Irren’ und ‘Wirrkopf’ abgelehnt.“ Juni 1996: Der Fall bekommt eine neue Wendung. Das Blatt „Ruhr-Nachrichten“ meldet: „Vorwürfe

werden gegen den Verfassungsschutz erhoben, der einen bestehenden Haftbefehl gegen Lemke vom 11. Mai 1995 bis März 1996 ermöglichte.“ Der Verfassungsschutz habe Lemke „an der langen Leine geführt, um die ultrarechte Szene zu durchleuchten“. Es stünden sogar Mutmaßungen im Raume, „daß Lemke ein V-Mann gewesen ist und ein hoher Beamter des Dienstes beim Bekanntwerden der Mordserie arg ins Zwielicht geraten ist“. So hat sich der „typische rechtsradikale Nazi-Mörder“ als gemeingefährlicher Irrer herausgestellt, der nicht rechtzeitig aus dem Verkehr gezogen wurde, weil man mit ihm geheimdienstlich gegen rechts operieren wollte. Es wäre nicht der erste Fall gewesen, daß man sich dabei hochgradig krimineller bedient, um dem rechten Lager Schaden zuzufügen. Kommentar der „Deutschen National-Zeitung“: „Die Warnung des liberalen Politikers und Ex-FDP-Ministers Burkhard Hirsch Ende der 80er Jahre, beim V-Amt herrsche ‘Ku-Klux-Klan-Atmosphäre’, scheint an Aktualität nichts eingebüßt zu haben...“ ²

März 1997, Krefeld

Am 31. März 1997 brach in Krefeld in der Wohnung einer türkischen Familie ein Feuer aus: Fadime Demir, 41, ihre Tochter Serpil, 19, und Sohn Umit, 17, kamen um. Schon am Abend protestierten in Krefeld rund tausend Menschen gegen den "Brandanschlag" und versammelten sich nach einem Trauermarsch vor dem Haus. Deutsche Mitbürger hielten Plakate hoch: "Mölln, Solingen, jetzt Krefeld". Der türkische Ministerpräsident Necmettin Erbakan warf der Bundesregierung eine "Mitschuld

am rechtsradikalen Anschlag" vor. Der türkische Botschafter Volkan Vural reiste nach Krefeld und kondolierte dem überlebenden Familienvater Aziz Demir, 43, vor dem Brandhaus. Ergebnis der Ermittlungen: Ursache war ein Familienzweist. Der Familienvater Aziz Demir hatte das Feuer selbst gelegt. Der letzte Beweis: Am 30. März 1997 hatte er um 21.15 Uhr bei einer BP-Tankstelle knapp neun Liter Benzin in einem Kanister gekauft. Ein Videokamera hatte ihn dabei gefilmt. ³

Juni 1997, Sebnitz

Wie vorschnell und unkritisch Medien und Politiker sein können, hat der Fall Sebnitz aus dem Jahr 1997 gezeigt ⁴, der eine beispiellose Hysterie auslöste, weil ein 6-jähriger Junge angeblich von Neo-Nazis ertränkt worden sein soll, was viele Medien dazu beweg, über Rechtsradikalismus und Fremdenhass zu

debattieren. Von Thierse über Merkel bis Müntefering gab es kaum einen Politiker, der nicht die Gefahr von rechts beschwor. Kanzler Schröder empfing am 27. November in Berlin Josephs Mutter Re-

¹ [WELT](#), 17.12.2000

² **Sven Eggers**: *So lügt das Fernsehen - Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm*

³ [WELT](#), 17.12.2000

⁴ [„Joseph aus Sebnitz starb offenbar an Herzversagen“](#), *123recht.net*, 24.01.2001

nate Kantelberg-Abdulla. ¹ Dabei gerieten jene Politiker, die nach einer Klärung des Tatbestandes vor der Verurteilung fragten, ins Visier medialer Gesinnungspolizei.

Die BILD titelte Schlagzeilen wie „Neonazis ertränken Kind“ ², „Bitte, bitte! Schaut nicht mehr weg!“ ³. Die *Süddeutsche Zeitung* entrüstete sich: „Ein Kind, ertränkt wie eine Katze. Gibt es ein brutaleres Beispiel für die tägliche rechte Gewalt?“ 496 Artikel, das Land Sachsen hat es nachgezählt, folgten nach der BILD-Meldung in den verschiedensten Zeitungen. ⁴ Drei Jugendliche aus Sebnitz wurden verhaftet, weil sie im Verdacht standen, einen Mord begangen zu haben.

In der ZEIT ist von Kindern die Rede, die den Eltern des toten Kindes, Joseph, drei Jahre nach dem Unglück erzählten, dass 5 bis 30 Nazis Joseph gepackt hätten, ihn untertauchten, zu einer Frittenbude schleppten, ihm etwas mit Gewalt einflößten, ihn mit einem Elektroschocker folterten, zurück ins Wasser zerrten, mit dem Kopf auf dem Beckenrand aufschlagen ließen und unter Wasser tottrampelten. Zu lesen ist desweiteren, dass nach Bestätigung der Mutter die Befragten für ihre Aussagen Geld erhalten hätten und Aussicht auf eine „Belohnung“ bekämen. Bei der Obduktion gab es keine Anzeichen dafür, dass auf dem Kind herumgetrampelt wurde, „auch der Kopf ist gänzlich heil. Ein Aufschlagen des Schädels am Beckenrand hätte stärkere Verletzungen, wahrscheinlich ein Blutbad zur Folge haben müssen.“ ⁵



Der *Spiegel* schrieb, dass bis dato ungeklärt sei, woran Joseph wirklich starb: „Aber klar ist, dass die Zeugen, die die Mutter benannte, ihre Aussagen zurückzogen, eine dritte Obduktion einen Herzfehler bei dem Jungen fand, die drei beschuldigten Jugendlichen unschuldig waren, Medien vorverurteilten und ein Scherbenhaufen zurückblieb.“ ⁶

In einem Artikel des Journalisten Johannes Nitschmann, der den *Spiegel*-Reporter Bruno Schrep zitiert, heißt es: „Auch die von Schrep kontaktierten erwachsenen Tatzeugen erwiesen sich als Flop. Die waren schon am helllichten Tag betrunken und lallten irgendeinen Blödsinn.“ ⁷

Im linken Internetportal *Nadir* schreibt eine als *Sebnitz-AG beim Bündnis gegen Rechts Leipzig* bezeichnete Organisation, dass die Sebnitzer ihre Nazis verleugnen würden und nährt in bekannter Antifa-Tradition wieder einmal die Kollektivschuld der Deutschen. Und obwohl hier am wenigsten für einen Mord spricht, halten diese „Antifaschisten“ einen Mord für wahrscheinlicher als einen Badeunfall - selbst wenn hunderte von Badegästen zugegen waren. Der obligatorische Hinweis, dass rassistische und antisemitische Übergriffe in Deutschland auf der Tagesordnung stünden, was nichts weiter ist als eine Schuldzuweisung an den „bösen Deutschen“, darf natürlich nicht fehlen.

Sebnitz sagte eine bereits vorbereitete Lichterkette gegen Rechtsextremismus ab.

September 2000 - April 2006, bundesweit, „Dönermorde“



Dieses „Zwickauer Trio“ wird nicht nur für die „Dönermorde“ verantwortlich gemacht

Lt. offizieller Darstellung der Presse sollen von 2000 bis 2006 die der Neonazi-Szene zugeordneten

¹ [WELT](#), 17.12.2000

² [Zeit online](#), 2000

³ [Berliner Zeitung](#), 10.11.2006

⁴ [Focus](#), 11.06.2001

⁵ [Zeit online](#), 2000

⁶ „Der Kanzler muss sich entschuldigen“, [Spiegel online](#), 21.08.2001

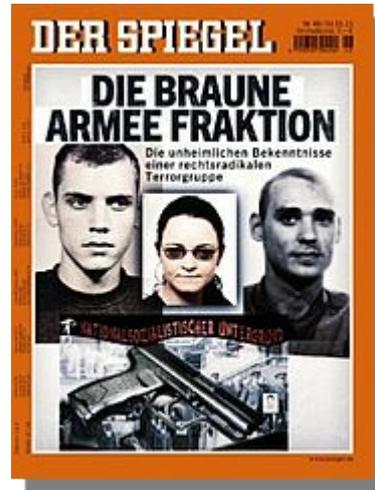
⁷ [M - Menschen machen Medien](#), Februar 2001

„Nazi-Terroristen“¹ Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt neun Kleingewerbehandelnde ermordet haben; die Opfer waren acht Türken und ein Grieche. Im November 2011 hätten die mutmaßlichen Täter in einem Wohnwagen Selbstmord begangen; als Komplizin gilt Beate Zschäpe, die sich einige Tage nach dem angeblichen Suizid der beiden Männer der Polizei stellte.²

Bei diesem von den BRD-Systemmedien³ konstruierten „Zwickauer Trio“ soll es sich um eine „terroristische Vereinigung“ handeln, deren angelastete Mordserie unter dem Schlagwort „Dönermorde“ bekannt wurde. Daneben soll die angebliche Terrororganisation 2004 ein Nagelbomben-Attentat in Köln sowie mehrere Banküberfälle verübt haben. In einer (in einem nach einer Explosion ausgebrannten Haus des Trios in Zwickau) gefundenen, als „Bekennervideo“ bezeichneten Filmaufzeichnung, in der die bekannte Comicfigur *Der rosarote Panther* die Morde und Anschläge verharmlost und die erst fünf Jahre nach dem letzten „Dönermord“ angefertigt worden sein soll, soll sich die Gruppe als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zu der Mordserie bekannt haben - allerdings ohne persönli-

ches Auftreten der toten Beschuldigten. Obwohl die etablierten Politiker, Migrationsverbände und ideologisch gleichgeschalteten Medien diese „Dönermorde“ aktuell dazu benutzen, den *Kampf gegen rechts* noch weiter anzuhetzen, gibt es viele Ungereimtheiten in diesem Fall, die im offiziellen Diskurs keine Erwähnung finden.

Der Spiegel
46/2011 vom 14.
November 2011:
„Die Braune Armee
Fraktion“



Weiterführende, informative Artikel zu der Mordserie:

Junge Freiheit

[Eine mysteriöse Terrorgruppe](#), Felix Krautkrämer, 16.11.2011

[Jeder Serienmörder ein Terrorist?](#), Martin J.G. Böcker, 16.11.2011

[Die Unterwanderten](#), Thorsten Hinz, 17.11.2011

[„Döner-Morde“: „Spiegel“ kaufte Bekennervideo von Linksradikalen](#), 17.11.2011

[Mehr Fragen als Antworten](#), Felix Krautkrämer, 23.11.2011

[Ausnahmestand II](#), Thorsten Hinz, 12.12.2011

[Beate Zschäpe: Für Mordanklage fehlen die Beweise](#), 19.12.2011

[Der neue Totalitarismus](#), Michael Paulwitz, 04.02.2012

Sezession im Netz

[Fragen an die Konstrukteure der Braunen Armee Fraktion](#), Götz Kubitschek, 16.11.2011

[Wer sind die Terroristen?](#), Martin Lichtmesz, 17.11.2011

[Existentielle Fragen – ein Interview mit Arne Schimmer \(NPD\)](#), Götz Kubitschek, 17.11.2011

[Brauner Terror in Deutschland? – Ende der Berichterstattung](#), Götz Kubitschek, 18.11.2011

[Du bist Terrorist!](#), Martin Lichtmesz, 22.11.2011

[Die Schweigeminute](#), Martin Lichtmesz, 23.02.2012

[Geschmackloses aus dem Land der Täter](#), Martin Lichtmesz, 24.02.2012

[Der politische Sinn der Gedenkveranstaltung](#), Martin Lichtmesz, 25.02.2012

Sonstige

[Compact](#), Unabhängiges Monatsmagazin von Jürgen Elsässer, Ausgabe 1/2012, „Terror durch V-Leute? NSU = NATO Secret Underground“

[Nix Döner, nix Nazis? Falsche Fährten](#), Jürgen Elsässers COMPACT-Blog

[Beruf Neonazi, Todesursache unklar. Die Döner sind noch lange nicht vom Tisch](#) - Blog *Der Honigmann*

¹ Exemplarisch: *Morgenpost* vom 12.11.2011, *taz* vom 18.11.2011, *Focus* vom 26.11.2011

² [Wikipedia](#)

³ [Metapedia](#) (alternative Enzyklopädie)

sagt... (Originalquelle führt den Artikel nicht mehr auf)

[Dönermörder-ungelöste Fragen/Ungereimtheiten](#), Blog *Die Killerbiene sagt...*

Oktober 2000, Düsseldorf

In der Nacht zum 3. Oktober dieses Jahres wurden Brandsätze gegen die Tür der Düsseldorfer Synagoge geworfen. Bundeskanzler Schröder eilte mit seinem Innenminister Schily und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) an den Tatort. Dort rief er die Deutschen auf: "Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen. Wegschauen ist nicht mehr erlaubt. . . Es muss ganz klar sein, dass rechtsradikale Strukturen, in deren Schutz solche hinterhältigen Anschläge geschehen können, keine Chance haben, in Deutschland weiter bestehen zu können." Der Anschlag bestärkte den Kanzler in

seinem Entschluss, einen Verbotsantrag gegen die NPD zu stellen. Paul Spiegel, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, sagte: "Wir wollen hören, wissen, fühlen, dass es so nicht weitergeht. Wir wollen in Deutschland leben." Bundesaußenminister Joschka Fischer (Grüne) schrieb an Spiegel: "Ich teile Ihr Entsetzen, aber auch ihren Zorn." Das Ergebnis der Ermittlungen: Die Täter waren ein 19-jähriger Palästinenser und ein 20-jähriger Marokkaner. Beide sitzen inzwischen in Untersuchungshaft. Hintergrund waren die Unruhen im Gaza-Streifen. ¹

Dezember 2002, Brandenburg/Guben

„Die 14-jährige Tochter eines Kubaners berichtete auf einer Wache im brandenburgischen Guben, Neonazis hätten ihr ein Hakenkreuz in die Wange geschnitten. Zunächst glaubten ihr die Polizisten, dann gestand das Mädchen, die Geschichte erfunden zu haben.“ ²

Die *Berliner Zeitung* ³ hatte darüber am 31. Dezember wie folgt berichtet:

GUBEN. Unbekannte haben nach Angaben der Polizei einer 14-Jährigen in Guben mit einem Messer ein etwa drei mal vier Zentimeter großes Hakenkreuz in die linke Wange geritzt. Die beiden Täter hatten das Mädchen am Sonntagvormittag gegen 10.30 Uhr in der Innenstadt von Guben (Spree-Neiße) überfallen. Das teilte das Polizeipräsidium Frankfurt (Oder) am Montag mit. Die 14-Jährige sei zu Fuß auf dem Weg zu einem Bekannten gewesen,

als gegen 10.30 Uhr in der Heinrich-Mann-Straße ein schwarzer Honda des Typs Civic oder CRX neben ihr stoppte, aus dem die beiden Täter ausstiegen. Während der eine Jenny S. festgehalten habe, habe ihr der andere mit einem Messer das Hakenkreuz in die Wange geritzt. "Das geschieht dir recht. Scheiß Neger", sollen sie nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Cottbus zu der Jugendlichen gesagt haben, deren Vater aus Kuba stammt und deren Mutter Deutsche ist. Anschließend flüchteten die Täter. Sie trugen laut Staatsanwaltschaft schwarze Jacken einer in rechtsradikalen Kreisen beliebten Marke, einer hatte eine Glatze. Die Verletzung des Mädchens wurde ambulant behandelt. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung, auch der Staatsschutz ist eingeschaltet. (ost.)

April 2006, Potsdam

Als der dunkelhäutige Deutsch-Äthiopier Ermyas Mulugeta im April 2006 im brandenburgischen Potsdam durch einen Faustschlag lebensgefährlich verletzt wurde und daraufhin im Koma lag, war zunächst von einem rassistischen Angriff die Rede. Generalbundesanwalt Kay Nehm, der meinte, dass diese Tat wegen einer überregionalen Fanalwirkung geeignet sei, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu gefährden, übernahm die Ermittlungen. Die Empörung kurz vor der Fußball-Weltmeisterschaft war groß, Tausende unter Leitung der deutschen Gewerkschaft *ver.di* demonstrierten, Kanzlerin Merkel und andere Politiker verurteilten entschieden die

Tat. Heftig wurde wieder einmal über "No-go-Areas"* in Deutschland debattiert. ⁴ Publicitywirksam wurden die Tatverdächtigen Björn L. und Thomas M. mit Handschellen, Ohrenklappen, Augenbinden und Fesseln an Händen und Füßen abgeführt - als wären es Guantánamo-Terroristen: hochgefährliche Schwerstkriminelle - und mit dem Hubschrauber zum Haftrichter in Karlsruhe geflogen. Der Publizist und Medienwissenschaftler Arne Hoffmann äußert sich dazu in einem Interview mit der rechts-konservativen Zeitung *Junge Freiheit*:

¹ [WELT](#), 17.12.2000

² [Spiegel](#), 14.05.2008

³ [Berliner Zeitung](#), 31.12.2002

⁴ [ZEIT](#), 15.06.2007

Das ist natürlich vor allem eine Inszenierung für die Medien: Der Staat zeigt Stärke. Das Problem hierbei ist, daß Staat und Medien in trauter Einigkeit Menschen vorführen und demütigen, die im juristischen Sinne immer noch unschuldig sind. Deren Menschenwürde wird der Inszenierung geopfert. Hier wären Worte wie "ungeheuerlich" einmal angebracht gewesen. ¹

„Wunderbar ins Bild der von Gutmenschen herbeiphantasierten wachsenden Gefahr rechter Gewalt passend, deren Zunahme sich klasse konstruieren lässt, weil man sämtliche durch Migranten verübten rassistischen oder antisemitischen Straftaten der rechten Szene zuordnet“ ², nutzte Uwe-Karsten Heye, ehemaliger Staatssekretär und Regierungssprecher der Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder sowie Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzender des Vereins „Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland“, die Gunst der Stunde und warnte vor „No-Go-Areas“: „Es gibt kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo, wo ich keinem, der eine andere Hautfarbe hat, raten würde, hinzugehen. Er würde sie möglicherweise lebend nicht mehr verlassen.“ ³ Die Republik bzw. Antifa triefte vor Betroffenheit ⁴, Potsdam verwandelte sich in ein Meer von Lichterketten, das Medienkarussell lief auf Hochtouren (inkl. Einladung in *Stern TV*), Spendenaufrufe von Fußballvereinen, Schulen und Veranstaltern ergingen, es gab Demos gegen „rechte“ Gewalt. Die *Bild* schloss aus den rasierten Schädeln der Tatverdächtigen auf Neo-Nazis. ⁵

Zweierlei Maß bei sehr ähnlich gelagerten Delikten

Solche intensiven Reaktionen blieben aus, als einige Wochen später David Fischer, ein 18-jähriger Jugendlicher, ebenfalls in Potsdam von einem Afghanen erstochen wurde. ^{6 7}

Die Veröffentlichung der Nummer eines Spendenkontos für die Angehörigen von David F. wurde abgelehnt. Es habe sich um eine unglückselige Kneipenschlägerei mit tragischem Ausgang gehandelt, was alle paar Monate vorkomme, wiegelten die Redakteure bei Stern und Spiegel ab, als sie von den Freunden des Opfers alarmiert wurden. Ein Lokal-

journalist beeilte sich sogar, das Opfer und seine Freunde als Rechte zu diffamieren, um der Öffentlichkeit ein Erklärungsmuster für den sinnlosen Tod von David F. beizubringen. Doch David F. war keine politische Natur. Einer seiner besten Freunde war ein Bosnier, der sich auch bei den öffentlichen Trauerkundgebungen zeigte, die aber nur auf wenig Resonanz stießen. ⁸

Der Tathergang, wie ihn die vorverurteilende Presse sah

Das *Abendblatt* schreibt in einem Artikel am 20.04.2006, dass Björn L. und Thomas M. Ermyas Mulugeta mit „Hallo, Nigger“ angepöbeln hatten.

Zu diesem Zeitpunkt hat Ermyas M. noch nicht geahnt, daß er zwei Totschlägern gegenüberstand, die laut Fahndungsbeschreibung der Polizei so aussehen: "170-180 cm groß, helle Kurzhaarfrisur, dunkel gekleidet" und: "180-190 cm groß, von kräftiger Statur, extrem kurzhaarig, möglicherweise Glatze, bekleidet mit schwarzer Bomberjacke mit weißem Logo oder Aufdruck, zirka dreißig Jahre alt." Als der eine höhnisch von ihm wissen wollte, wie ihn denn seine Mutter genannt habe, hat Ermyas M. nicht gedacht, daß ein Alptraum wahr werden würde. Aber daß er äußerlich so ruhig blieb, hat nicht dazu geführt, daß seine Angreifer von ihm abließen. "Wie hat dich deine Mutter genannt?" hat der eine der beiden noch einmal gefragt, mit einer leicht überkippenden Stimme, der man die steigende Wut anhört, und einen Augenblick später ist Ermyas M. für diesen Täter schon der "Scheiß-Nigger" gewesen . . . ⁹

Später stellte sich heraus, dass das angeblich rassistisch beleidigte und angegriffene Opfer betrunken (2,08 Promille) war und mit seinem Kopf auf der Bordsteinkante aufschlug. Er randalierte, vertrieb ein Pärchen von der Bushaltestelle, pöbelte den Bus- und Taxifahrer an und beschimpfte und griff Passanten an. Kurz davor hatte er eine tätliche Auseinandersetzung in einer Disco. ¹⁰

Der Vorwurf des versuchten Mordes gegen die zwei Männer wird einige Monate später fallengelassen: L. wird gefährliche Körperverletzung und Beleidigung vorgeworfen, Thomas M. wegen Beleidigung und unterlassener Hilfeleistung angeklagt. Im Juni 2007 erfolgt ein Freispruch für beide.

¹ [Junge Freiheit](#), 28.04.2006

² [Politically Incorrect](#) (Blog), 08.02.2007

³ [ZEIT](#), 17.05.2006

⁴ [Bild 1](#), [Bild 2](#), [Bild 3](#), [Bild 4](#), [Bild 5](#)

⁵ [Bild](#), 23.04.2006

⁶ [Politically Incorrect](#) (Blog), 10.02.2007

⁷ [Vaterland](#) (Blog), 01.05.2009

⁸ [Märkische Allgemeine](#) (zitiert), 13.12.2006

⁹ [Abendblatt](#), 20.04.2006

¹⁰ [Berliner Zeitung](#), 24.04.2006

Die *Märkische Allgemeine* äußert sich zu dem Fall so:

Der Überfall auf Ermyas M. am Ostersonntag in Potsdam hat sich nach Informationen der MAZ allerdings weitgehend anders zugetragen als bisher dargestellt. Demnach hatte der 37-Jährige an der Haltestelle "Charlottenhof" gegen vier Uhr bereits den Nachtbus bestiegen, um, wie geplant, einen Bekannten zu besuchen. Als jedoch der alkoholisierte Wissenschaftler (zwei Promille) - der sich zuvor mit seiner Frau gestritten hatte - beim Bezahlen der Fahrkarte mit dem Busfahrer in Streit geriet, setzte dieser den Fahrgast vor die Tür. Ermyas M. hatte sich dem Vernehen nach heftig darüber erregt, dass der Busfahrer den Geldschein mit einer großen Menge Münzen wechseln wollte.

Kurz danach sollen die späteren Täter, einer links, einer rechts, Ermyas M. an der Haltestelle passiert haben. Der 1,97 Meter große Mann aus Addis Abeba soll danach die beiden Männer, die schon einige Meter entfernt waren, mit dem Wort "Schwein" beleidigt und zumindest einen zu treten versucht haben. Der Tritt wird durch die Zeugenaussage eines vorbeifahrenden Taxifahrers bestätigt. "Schwein" ist

auf dem originalen Mailbox-Mitschnitt zu hören. Danach beschimpften die beiden Männer Ermyas M. als "dreckigen Nigger".

Das Opfer hat, anders als bisher erklärt, keine Rippenbrüche oder sonstige schwere Verletzungen am Oberkörper erlitten. Durch einen einzigen, äußerst wuchtigen Faustschlag wurde ihm der Schädelknochen an einem Auge zertrümmert, wie die Sprecherin der Bundesanwaltschaft, Frauke-Katrin Scheuten, auf MAZ-Anfrage mitteilte. Dies ist das Ergebnis eines rechtsmedizinischen Gutachtens. Bisher war erklärt worden, die Täter hätten hemmungslos auf das bereits regungslos am Boden liegende Opfer eingetreten. ¹



* Auf der Suche nach Neonazis und No-Go-Areas reiste ein Reporter der Zeitung *Los Angeles Times* an:

Natürlich in Berlin-Marzahn und Ostbrandenburg. Gregory Rodriguez heißt der Mann. Als eher dunkelhäutiger Latino spekulierte er offenbar auf besonders krasse Erfahrungen, die er nach Hause berichten könnte. Er mietete eigens einen "unverschämt großen Mercedes-Benz", wie er selbst zu Protokoll gab. Der Rassismus sollte sich noch mit Sozialneid paaren. Der Mann aus Kalifornien fuhr also los mit seinem dicken Wagen, nach Marzahn und weiter bis zur polnischen Grenze. Neonazis suchen. Als Mensch hatte er Glück, als Reporter Pech: Es passierte nichts, kein böser Blick, keine Beschimpfung. Vielleicht lag es ja an der WM-Euphorie. ²

Rodriguez schrieb später in der genannten Zeitung auch, dass die Neonazi-Diskussion der Deutschen wohl mehr ihre Neigung belege, sich "mit Leidenschaft dem Selbstzweifel hinzugeben".

Mai 2006, Berlin

Der angebliche Überfall dreier Neonazis auf einen 30jährigen Italiener in Prenzlauer Berg ist vermutlich aufgeklärt: Die Staatsanwaltschaft teilte gestern mit, daß der fremdenfeindliche Überfall "mutmaßlich nur vorgetäuscht" wurde. Gianni G. war Ermittlungen zufolge betrunken in ein Gleisbett gefallen und hatte den Angriff durch drei Unbekannte mit einem Baseballschläger nur erfunden. Der Zwischenfall hatte in Berlin und Italien ³ die Gemüter erregt.

Klarheit brachten jetzt Bilder einer Überwachungskamera des S-Bahnhofs Alexanderplatz. Darauf ist zu erkennen, wie der 30jährige an der Bahnsteigkante etwas verliert, sich danach bückt und dabei ob sei-

nes angetrunkenen Zustands das Gleichgewicht verliert. Zunächst konnte er selbst noch auf den Bahnsteig zurückklettern, kam dann allerdings wegen des Bruchs einer Kniescheibe und verschiedener Kopfverletzungen nicht weiter.

Später gab Gianni G. zu Protokoll, er sei am frühen Sonntagmorgen an der Schönhauser Allee von drei unbekanntem Rechtsradikalen wegen seiner Nationalität beleidigt und mit einem Baseballschläger angegriffen worden. Erste Zweifel an dem dargestellten Ablauf kamen schnell auf, weil der Italiener um 1 Uhr Opfer der Schläger geworden sein will aber erst drei Stunden später verletzt am Alexanderplatz von

¹ [Märkische Allgemeine](#), 09.05.2007

² [Berliner Zeitung](#), 22.06.2006

³ [Frankfurter Allgemeine](#), 17.05.2006

Rettungskräften gefunden wurde. Es sei verdächtig gewesen, wie der Mann mit einer gebrochenen Kniescheibe von dem angeblichen Tatort dorthin gekommen sein will. Durch die Kameraaufzeichnung konnte schließlich der Ort des Sturzes lokalisiert werden. Dort wurden DNA-Spuren gesichert, die nun Gianni G. zugeordnet werden konnte.

Gegen den Italiener wird jetzt wegen Vortäuschens

einer Straftat ermittelt. ¹



Die BILD vom 16. Mai 2006

Oktober 2006, Parey/Sachsen-Anhalt

12. Oktober: Drei Schüler im Alter von 15 und 16 Jahren zwingen einen 16-jährigen Mitschüler auf einem Schulhof in Parey (Jerichower Land), ein Schild um den Hals zu tragen mit der Aufschrift: «Ich bin im Ort das größte Schwein, ich lass mich nur mit Juden ein» Die Polizei weitete die Ermittlungen wegen Volksverhetzung, Nötigung und Beleidigung später auf sechs Jugendliche aus. ²

So lautet ein Artikel in der *Mitteldeutschen Zeitung*, der als „besonders gravierender rechtsextrem motivierter Vorfall“ von drei aufgeführten gewertet wird.

Der *Spiegel* schreibt unter dem Titel „Nazi-Methoden auf dem Schulhof“:

Der Fall entsetzt Deutschland: Drei Jugendliche schicken einen anderen mit einer Judenhas-Parole über den Schulhof. Ein Einzelfall, sagen die Verantwortlichen in der Region. Doch Jugendgewalt zwischen rechts und links ist in der Region Alltag, Neonazis rekrutieren Schüler in Scharen. ³

Die *Berliner Zeitung* titelt „Rechte Gewalt - Nazi-Methoden auf dem Schulhof“ ⁴. Im letzten Absatz heißt es:

Der Autor Ralph Giordano nannte den Vorfall eine Untat, an der ganz Deutschland beteiligt sei. Die Energie, mit der die Bundesrepublik einst gegen "die mörderische Linke, die R(ote) A(rmee) F(raktion)" vorgegangen sei, habe sie im Kampf gegen die Feinde der Demokratie von Rechts nie gezeigt. "Erst hat sie die NS-Täter nahezu kollektiv entstraft, dann nach der Wiedervereinigung rechtsfreie Räume zugelassen, vornehmlich, aber nicht nur auf dem Territorium der ehemaligen DDR", schrieb Giordano in einem Beitrag für Spiegel-online. "Für diese unglaubliche Schulhofszene ist in erster Linie die gesellschaftliche Atmosphäre der Erwachsenenwelt verantwortlich." Dass sich der Rechtsextremismus "frech entfalten kann, liegt an einem Merkmal deut-

scher Geschichte: Mangel an Zivilcourage", schrieb Giordano.

Aus der Homepage der Partei *DIE LINKE.PDS* (Volltext):

Parey zeigt - Antisemitismus und Rassismus sind kein Randproblem

Zu dem unsäglichen Übergriff an der Sekundarschule Parey erklärt die rechts- und innenpolitische Sprecherin der Fraktion Gudrun Tiedge:

Der unsägliche Vorgang an der Sekundarschule Parey zeigt ein weiteres Mal in erschreckender Deutlichkeit: Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind keine gesellschaftliche Randerscheinungen. Es stellt sich zudem die Frage, welches Geschichtsbild und –verständnis jungen Menschen haben, die zu so etwas fähig sind.

Erneut wird deutlich: Es bedarf des breiten gesellschaftlichen Engagements, um den braunen Ungeist aus den Köpfen zu vertreiben. Die Linkspartei.PDS erneuert ihre Forderung, Initiativen und Institutionen jegliche – insbesondere auch finanzielle – Unterstützung zu Teil werden zu lassen, die sich dieser wichtigen Aufgabe stellen. Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus müssen weitergeführt werden, es bedarf eines neuen Herangehens an die Schulsozialarbeit, Gedenkstätten gegen den nationalsozialistischen Terror bedürfen der Unterstützung. All das und vieles mehr ist zu tun – und es ist nicht neu, dies zu fordern. Und doch zeigt sich, dass diese Forderungen nicht oft genug wiederholt werden können.

Aufgabe der Politik muss es endlich sein, verlässliche Rahmenbedingungen für all jene zu schaffen, die sich der Bekämpfung des Rechtsextremismus stellen. Das schafft zugleich Ermutigung für Men-

¹ [WELT](#), 18.05.2006

² [Mitteldeutsche Zeitung](#), 07.12.2006

³ [Spiegel](#), 13.10.2006

⁴ [Berliner Zeitung](#), 14.10.2006

schen, persönlich oder in zivilgesellschaftlichen Strukturen jedem Auftreten des Rechtsextremismus entgegen zu treten.

Geradezu selbstverständlich greift auch das staatlich geförderte Projekt *Mut gegen rechte Gewalt* („Die Internet-Plattform gegen Rechtsextremismus“) diesen Fall auf¹ und fühlt sich einmal mehr darin bestätigt, dass der „Kampf gegen rechts“ wichtig ist. Vier Monate später berichtete der Internet-Blog Politically Incorrect², dass der „rechtsextreme Vorfall“ in Parey nur inszeniert war und zitierte einen Artikel der *Leipziger Volkszeitung*:

Vier Monate nach einem antisemitischen Zwischenfall auf einem Schulhof in Parey in Sachsen-Anhalt gehen die Ermittler nicht mehr von einer gezielten Demütigung eines Schülers aus. Entgegen dem bisher angenommenen Tathergang wurde das 16-jährige vermeintliche Opfer von anderen Jugendlichen nicht gezwungen, ein Schild mit einem antijüdischen Spruch um den Hals zu tragen, und auch nicht über den Schulhof getrieben. Nach einem am Dienstag veröffentlichten Bericht des Innenministeriums hängte sich der Schüler das Schild freiwillig um und ließ sich unter dem Gelächter mutmaßlicher Anhänger der rechten und der linken Szene fotografieren, ehe eine Lehrerin einschritt. Er sei nicht geschlagen oder bedroht worden.

Der Vorgang hatte Mitte Oktober bundesweit Entsetzen und Empörung ausgelöst. Auf dem Schild stand: „Ich bin am Ort das größte Schwein, ich lass mich nur mit Juden ein.“ Es war von den anderen Jugendlichen angefertigt worden. Zu dem Vorfall war es gekommen, nachdem der Sympathisant der Punk-Szene sich eine Glatze rasiert und Springerstiefel angezogen hatte, um mutmaßliche Anhänger

der rechten Szene nach eigenen Worten „zu verarschen“.

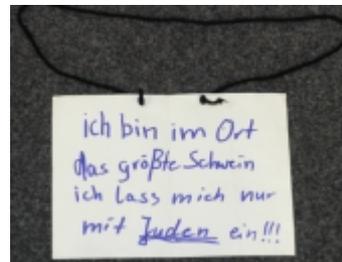
Laut Innenministerium ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft mittlerweile sieben Verdächtige, darunter das angebliche Opfer der Straftat. Zu den Vorwürfen gehört der Tatbestand der Volksverhetzung. Keiner der Schüler fiel bisher wegen politisch motivierter Taten auf.

Der Link zu der Zeitung ist nicht mehr aktuell, auch konnte ich über Google den Bericht nicht mehr wiederfinden.

Die ZEIT schrieb dafür Anfang März 2007 u. a.:

Hintergrund des Zwischenfalls ist nach früheren Angaben des Innenministeriums, dass der dem linken Spektrum zugehörige 16-jährige Schüler rechte Jugendliche provozieren wollte und zu diesem Zweck sein Erscheinungsbild nach dem Muster der Rechten veränderte. Unter anderem hatte er sich die Haare kurz schneiden lassen. Die Tatverdächtigen sollen daraufhin verabredet haben, dem Jugendlichen mit dem Schild "eins auszuwischen". Eine Lehrerin hatte den Vorfall auf dem Schulhof beobachtet und die Polizei verständigt.

Was ziemlich seltsam anmutet, ist die in diesem Artikel vorhergehende Bemerkung, dass dem Schüler das Schild umgehängt worden sei, ohne dass dieser die Aufschrift gelesen haben soll.



Juli 2007, Berlin Pankow/Heinersdorf

Wo keine Nazis sind, muss man welche machen, dachten sich ein paar Linksfaschisten, und mischten sich letzte Woche unter die Demonstranten der IPAHB gegen den Moscheebau der Ahmadyyasekte in Berlin-Heinersdorf. Ihre Rechnung ging auf. Die auf ihre professionelle Recherche immer so stolzen Altmedien, allen voran Freia Peters von der *Welt*, fielen dankbar auf den Schwindel herein.³ Linksfaschisten wissen eben am Besten, was linke Journalisten berichten und linke Spießer lesen wollen.

Auf der linksextremistischen Webseite Indymedia⁴ beschreiben die Antifanazis ihre Methoden und Absichten in aller Offenheit:

Die Demo begann um ca. 19 Uhr. Um gegen dieses xenophobe Pack zu protestieren fand etwa zeitgleich eine Antifa-Kundgebung am S-Bhf. Pankow statt. Dort fanden sich etwa 100 TeilnehmerInnen ein. Da uns die Schikanen der Berliner Polizei bei solchen Protestveranstaltungen mehr als frustrieren und uns auf Grund vorangegangener Erfahrungen in Hei-

¹ [Mut gegen rechte Gewalt](#), 13.10.2006

² [Politically Incorrect](#) (Blog), 23.02.2007

³ [WELT ONLINE](#), 12.07.2007

⁴ [Indymedia](#) (Blog), 13.07.2007

Heinersdorf eine konventionelle Blockade als unrealistisch erschien, haben wir uns zu einer eher unkonventionellen Form des Protests entschieden.

Der Plan unserer Gruppe für diesen Tag sah vor, uns mit vollkommen abstrusen Forderungen (inspiriert z.B. durch die erfolgreichen Verarschungsaktionen des Satiremagazins 'Titanic') an diesem häßlichen Aufmarsch von bürgerlichen Rassisten und Nazis zu beteiligen, und diese durch Plakate mit komplett sinnfreien Forderungen der Lächerlichkeit Preis zu geben. Desweiteren war beabsichtigt, die Medienöffentlichkeit zu nutzen um der IPAHB mit unseren – rechten Forderungen zumindest auf den ersten Blick ähnlichen – Sprüchen Imageschaden zuzufügen.

Bewerbstelligt werden sollte dies zum einen durch die überspitzte Reproduktion von Slogans der Nazis/BürgerInnen wie "Hassprediger ausweisen" oder "kriminelle Ausländer ausweisen", zum anderen durch Allgemeinplätze die, aus dem Zusammenhang gerissen, dem Betrachter vollkommen sinnlos erscheinen müssten, in einer dermaßen hasserfüllten Menschenmenge wie auf der Demonstration in Heinersdorf allerdings nicht weiter auffallen sollten. Dafür fertigten wir Schilder mit Forderungen wie "Prediger ausweisen!", "Abschiebung für Alle!", "Keine Toleranz", "Leitkultur statt Religionsfreiheit", "Deutsche Wurst statt Gammeldöner!", und "Wir waren schon immer hier!" an. (...)

Nachdem wir unsere Schilder bereitwillig in jede Kameralinse gereckt hatten (dabei auch durchaus positives Feedback vieler DemoteilnehmerInnen bekommen hatten), erste Interviewanfragen der Presse bekamen, aber auch bald einige der dumpferen Kameraden auf uns aufmerksam wurden, beschlossen wir nach und nach die Demo zu verlassen und davonzuradeln.

Freia Peters kamen die getürkten Antifanazis gerade recht. In einem schon bei Erscheinen von PI scharf kritisierten Bericht in der *Welt*, der wortgleich auch von der *Morgenpost* und *AOL* übernommen wurde, macht sie sich die Lügen der Linksfaschisten ungeprüft zu eigen:

Rechtsextreme mischen sich in den Demozug, kahlrasierte Köpfe mit Kapuzenpullis und Plakaten, die

„Abschiebung für alle“ fordern. Man könnte meinen, die Demonstranten bildeten eine einheitlich fremdenfeindliche Menge. Doch die Wahrheit ist komplizierter. Die DDR-Vergangenheit der Bewohner spielt eine Rolle, der löchrige Draht der Lokalpolitiker zu ihren Bürgern, einige Ängste, viele Vorurteile und das nicht einmal böswillige Unvermögen, vertrauensvoll den Blick zu weiten. (...)

Manche Plakate klingen in der Tat wie Propaganda. „Ausländer raus!“ findet ein lieb aussehendes Mädchen mit Pferdeschwanz. „Deutsche Wurst statt Gammeldöner“ fordert ein anderes Transparent.

Obwohl man in Freia Peters eine mit dem nicht einmal böswilligen Unvermögen, vertrauensvoll den Blick zu weiten, gefunden hat, die bereitwillig die gefakten Parolen den ihr wohl recht entfernten Heinersdorfer Bürgern anzulasten bereit war, die so trefflich zu ihren Ängsten und Vorurteilen gegenüber deutschen Mitbürgern zu passen schienen, sind die Antifanazis noch nicht ganz mit dem Erfolg ihrer Diffamierungskampagne zufrieden. Öffentliche Selbstkritik ist eine alte stalinistische Tugend:

Beim nächsten Demoausflug zu beachten (z.T. lehrreiche Verfehlungen unsererseits):

- Die Person, die das ganze Spektakel fotografisch dokumentiert, sollte am Rande stehen, bzw. nicht als Mitglied der Gruppe zu erkennen sein.
- lieber in kleineren Grüppchen von 2, 3 Leuten mitlaufen
- unbedingt pünktlich sein (auch gegen liebgewonnene Gewohnheiten), so fällt man am wenigsten auf
- vorher Absprachen zum Umgang mit der Presse treffen: hätten wir uns interviewen lassen, hätte man grossen Schabernack treiben können
- offensives Auftreten lohnt sich. Trillerpfeife, Parolen, grosse Fresse. Die richtig mutigen hätten sich sogar als rechtschaffene Bürger bei der Polizei nach einigen Nazipöbeleien beschweren können.

Wenn auch das nicht die erwünschte Wirkung zeigt, liebe Antifanazis, wie wär's vielleicht mit einem kleinen Brandanschlag auf die Baustelle? Mit der Hilfe eurer PressefreundInnen könnte man den dann auch den Heinersdorfer Bürgern und ihren "Nazis" in die Schuhe schieben und einen "Imageschaden" verursachen? Oder hatten wir das schon? ¹

¹ [Politically Incorrect](#) (Blog), 16.07.2007

August 2007, Mügeln/Sachsen

In der Nacht zum 19. August 2007 kam es im Rahmen eines Stadtfestes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Eine Gruppe von acht Indern geriet mit anderen Festteilnehmern in Streit und wurde nach einer Schlägerei von einer Gruppe von 50 gewaltbereiten Deutschen bis in eine nahe gelegene Pizzeria verfolgt. Zwei Polizisten schützten die Inder und wurden nach einiger Zeit durch die Polizei-Hundert-schaft "Westsachsen" unterstützt. Diese war zufällig in der Nähe eingesetzt und benötigte über eine Stunde um die Situation unter Kontrolle zu bringen. 14 Beamte wurden dabei verletzt.¹

Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) sagte am Mittwoch nach einem Gespräch mit Polizisten, die in der Tatnacht im Einsatz waren, „Auslöser für die Gewalt sei ein Gerangel auf der Tanzfläche gewesen. Alkohol habe die Situation verschärft. Die rechtsextremen Sprüche aus der 50-köpfigen Verfolgergruppe seien von Einzelpersonen gekommen.“

Der Minister betonte, in Mügeln gebe es keine organisierte rechtsextreme Gruppe. Der Ort sei bisher praktisch nie durch einschlägige Straftaten aufgefallen.“²

Obwohl die Staatsanwaltschaft Leipzig den Angriff

auf die Inder nach der Vernehmung von zahlreichen Zeugen nicht mehr als Hetzjagd bewertete, die Behörde mitteilte, dass es keine Anhaltspunkte gebe, dass vom Festzelt des Stadtfests bis zur schräg gegenüberliegenden Pizzeria eine solche Jagd stattgefunden habe und sich auch keine Anhaltspunkte ergaben, dass „die Ereignisse insgesamt auf einem geplanten und organisierten rechtsextremistischen Hintergrund beruhen“, ³ hielt dies die Medien im Vorfeld nicht davon ab, über *Neonazis* ⁴, eine *Hetzjagd* und *Rassismus* zu spekulieren. Der *Kölner Express* legte noch einen drauf und vervierfachte mal eben die Anzahl der angeblich 50-köpfigen Verfolgergruppe auf 200.⁵

Dass linke Projekte, die sich auf den „Kampf gegen rechts“ spezialisiert haben, in diesem Fall auch von *Neonazis* sprechen, versteht sich fast von selbst. Ob es sich nun um die stern-Kampagne *MUT gegen rechte Gewalt* ⁶ handelt oder *Laut gegen Nazis* ⁷.

Nach Polizeiangaben hatten deutsche Festbesucher die Inder verprügelt und mit Pfefferspray besprüht. Einige der Inder hätten mit abgebrochenen Glasflaschen zugestochen. Laut Polizeiprotokoll erlitt einer der Deutschen „Stiche in die Leistengegend und das Gesäß“.⁸

November 2007, Mittweida

Der *Spiegel* schrieb am 23. November 2007:

Mittweida kommt wirtschaftlich voran, hat aber ein Problem: Rechtsextreme. Heute gab die Polizei den brutalen Überfall auf eine junge Frau bekannt, der vor drei Wochen stattgefunden hat. Täter aus der rechtsextremistischen Szene attackierten auf dem Parkplatz eines Supermarktes eine 17-Jährige - und ritzen ihr ein Hakenkreuz in die Haut.

Die 17-Jährige war laut Polizei Zeugin geworden, wie Männer ein Spätaussiedler-Mädchen drangsalierten, eine Sechsjährige: Vier glatzköpfige Männer mit Springerstiefeln, Bomberjacken und NSDAP-Aufnähern. Als die junge Frau die Rechtsextremen auffordert, von dem Kind abzulassen, richtete sich deren Aggression gegen sie. Drei halten sie fest, der

vierte schneidet ihr mit einem skalpell-ähnlichen Gegenstand das Hakenkreuz in die Hüfte. Sie zap-pelt, strampelt, wehrt sich - die Männer scheitern mit dem Versuch, ihr auch noch eine Rune in die Wange zu ritzen. Das kleine Mädchen kann entkommen.

Mehrere Menschen verfolgen den Übergriff von umliegenden Balkonen aus - keiner greift ein, keiner alarmiert die Polizei.

Erst am 12. November wurde der Übergriff der Polizei gemeldet, bestätigte Sprecher Frank Fischer SPIEGEL ONLINE. Die 17-Jährige hatte sich erst nach einigen Tagen ihrer Mutter offenbart. Rechts-mediziner haben laut Polizei ausgeschlossen, dass

¹ [Wikipedia](#)

² [Focus](#), 22.08.2007

³ [WELT ONLINE](#), 31.08.2007

⁴ [SPIEGEL ONLINE](#), 20.08.2007

⁵ [Kölner Express](#), 27.08.2007

⁶ [MUT gegen rechte Gewalt](#), 24.07.2009

⁷ [Laut gegen Nazis](#)

⁸ [Focus](#), 25.08.2007

sich die junge Frau die Verletzung selbst zugefügt hat. Beamten des Staatsschutzes gelang es, das kleine Mädchen ausfindig zu machen - das Kind bestätigte die Aussagen ihrer Retterin.

...¹

Am 26. November 2007 tagte der Beirat des „Bündnisses“ unter Vorsitz von Cornelia Sonntag-Wolgast, SPD-Politikerin und ehemalige Staatssekretärin im Bundesinnenministerium sowie Mitglied im Bündnisbeirat. Sie schlug vor, dem angeblichen Opfer Rebecca einen eigens zu schaffenden „Ehrenpreis für Zivilcourage“ zu verleihen. Dagegen gab es keinen Widerspruch, und so bekam sie vom "Bündnis für Demokratie und Toleranz" am 1. Februar einen "Ehrenpreis für Zivilcourage" verliehen², obwohl man um die Ermittlungen gegen Rebecca wusste und die Zweifel, die Unklarheiten in ihren Schilderungen. Ihr wurde einfach geglaubt. Sonntag-Wolgast sagte dazu, es gehe in erster Linie darum, „Zivilcourage zu loben, und nicht um die Frage, ob das Mädchen sich diese Verletzung, von der immer wieder die Rede ist, selbst beigebracht“ habe.³

Der deutsche Depeschendienst (ddp) meldete am 15.05.2008:

Nach der Anklageerhebung gegen die 18-jährige Rebecca K. wegen eines mutmaßlich vorgetäuschten Neonazi-Überfalls warnen die Linkspartei und die Grünen vor einer öffentlichen Vorverurteilung der jungen Frau. Angesichts der «völlig unklaren Beweislage» sei dies «durch nichts gerechtfertigt», sagte der Linke-Bundestagsabgeordnete Michael Leutert am Donnerstag in Dresden. Der wahre Skandal sei eine gesellschaftliche Situation, in der «brutale Nazi-Überfälle an der Tagesordnung seien und als

völlig normal» erschienen. Rechte Angriffe seien so alltäglich geworden, dass ein solcher Fall wie in Mittweida ohne weiteres vorstellbar sei.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion, Johannes Lichdi, kritisierte insbesondere die Äußerungen von CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer. Er habe sich «mit Schauprozessrhetorik unrühmlich hervorgetan», sagte der Grünen-Politiker. Lichdi warf ihm vor, einen offenen Prozess zu instrumentalisieren, indem er Spekulationen über eine Beteiligung von Linksextremisten anstelle.

Sachsens CDU hatte die Vermutung geäußert, dass hinter der vermeintlichen Straftat auch Linksextremisten stehen könnten. Kretschmer hatte die im Februar erfolgte Auszeichnung der jungen Frau kritisiert. Sie war für ihr Engagement gegen Rechtsextremismus vom bundesweiten «Bündnis für Demokratie und Toleranz» trotz der gegen sie laufenden Ermittlungen geehrt worden.⁴

Wie sich später herausstellte, hat sich das Mädchen das Hakenkreuz selbst in die Haut geritzt. Die Polizei konnte keine Zeugen für den behaupteten Angriff finden - und das, obwohl 5000 Euro für sachdienliche Hinweise ausgesetzt worden waren⁵ und Rebecca behauptet hatte, Leute hätten von Balkonen zugesehen, ohne einzugreifen.⁶

„Die Staatsanwaltschaft hatte eine Verwarnung sowie 100 Arbeitsstunden beantragt, die Verteidigung plädierte selbstverständlich auf Freispruch, so als ob es nicht statthaft sei, Lügner zu verurteilen, wenn doch die Lüge einem vermeintlich guten Zweck dient.“⁷

Februar 2008, Ludwigshafen am Rhein

Die folgende Chronologie ist dem Blog *Vaterland*⁸ entnommen:

03.02.: In einem Ludwigshafener Altbau bricht ein Feuer aus.⁹ Das Haus ist ausschließlich von Türken bewohnt – bei dem Brand kommen neun von ihnen – vier Frauen und fünf Kinder – um's Leben. Die

Kriminalpolizei nimmt die Ermittlungen auf.

05.02.: Der Verdacht auf Brandstiftung von "Nazis" wird laut¹⁰: Zwei kleine türkische Mädchen sagen

¹ [Spiegel](#), 23.11.2007

² [Spiegel](#), 14.05.2008

³ [netzwerkrecherche](#) (Blog), 06.02.2009

⁴ [NRW.TV Informationsportal](#), 15.05.2008

⁵ [Radio Freiheit](#), 15.05.2008

⁶ [FAZ](#), 17.05.2008

⁷ [Radio Freiheit](#), 14.11.2008

⁸ [Blog Vaterland](#), 18.11.2008

⁹ [SPIEGEL](#), 04.02.2008

¹⁰ [FOCUS](#), 05.02.2008

aus, sie hätten einen Mann mit einem brennenden Stock im Flur gesehen. Gefragt, wer er sei hätte er geantwortet: Ich bin Deutscher. Der türkische Ministerpräsident Erdogan schaltet sich ein und will eigene türkische Ermittler nach Deutschland senden. Innenminister Schäuble stimmt zu.

06.02.: Erstmals können Ermittler das Haus von innen begutachten. Das Wort *Hass*, das an der Außenmauer geschrieben steht, ist schon älter und steht in keinem Zusammenhang mit dem Brand. Die Presse berichtet erstmals davon, dass Feuerwehrmänner schon während des Einsatzes als Mörder beschimpft und bespuckt wurden¹ – einer wurde in der Nacht vom 5.2 zum 6.2. von einem Türken angegriffen und zusammengeschlagen. Die türkischen Medien hetzen wahrheitswidrig, die Feuerwehr sei viel zu langsam gewesen. Die deutschen Feuerwehrmänner müssen unter Polizeischutz gestellt werden.²

07.02.: Während in Ludwigshafen die Ermittlungen weitergehen, zeigt der türkische Sender SHOW TV Net im Zuge der Berichterstattung ein Laufband, das die deutsche Flagge mit Hakenkreuz-Symbol zeigt.³ Türkische Demonstranten haben sich vor dem Brandort versammelt, einige halten drastische Plakate hoch: «Gestern Juden, heute Moslems», «Gestern Solingen, heute Ludwigshafen, morgen?» sowie «Hitler war nicht alleine, Koch auch nicht!»⁴ In Deutschland wird der Tatort-Krimi “Schatten der Angst” nicht gesendet: Das Thema betrifft das türkische Millieu in Deutschland, und man “will nicht weiter Öl ins Feuer gießen”.

08.02.: Die türkische Presse hetzt weiter und titelt: “Wieder verbrennen sie uns”.⁵ Der Berliner Migrationsforscher Haci-Halil Uslucan macht Roland Koch und den hessischen Landtagswahlkampf für die Stimmung verantwortlich und auch der außenpolitische Berater des türkischen Ministerpräsidenten, Cüneyd Zapsu, hat Verständnis für die “...Vorbehalte von Türken nach dem Wohnhausbrand...”.⁶ Koch hatte in seinem Wahlkampf das Problem überproportional häufiger Gewalttätigkeit von jungen überwiegend türkisch/muslimischen Migranten angesprochen. Vorausgegangen war ein brutaler Über-

fall auf einen deutschen 74-jährigen Rentner, der von zwei Migranten [türkisch und griechisch] mit den Worten “Du scheiss Deutscher” fast zu Tode getreten worden war.

09.02.: Die Polizei verfolgt Hinweise, nach denen der verheerende Wohnhausbrand im Keller des Gebäudes ausbrach.⁷ Die Elektrik soll marode gewesen und illegal Strom abgezapft worden sein. Dass der Brand im Keller ausgebrochen ist, passt nicht zur Anschlagsthese, nach der ein Mann im Flur gezündelt hätte. Zweifel an den Aussagen der beiden Mädchen werden erstmals publiziert.

11.02.: Ein “Bekennerschreiben” wird an den Mannheimer Morgen gesendet – eine Gruppe mit dem Namen *Deutscher Widerstand* behauptet, den Anschlag verübt zu haben.⁸ Es wird von den Ermittlungsbehörden als Trittbrettfahreraktion eingestuft. Nach Ermittlungen der Kriminalpolizei handele es sich bei dem Verfasser des Briefs »eindeutig« um einen Unruhestifter.

15.02.: Erdogan spricht in Köln zu ca. 16 000 Türken. „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, sagte er und versprach, die Aufklärung des Wohnhausbrandes genau zu beobachten.⁹ Die Plakate in Köln zeigten u.a. die deutsche Nationalflagge mit türkischem Halbmond und den auf türkisch geschriebenen Slogan: *Der türkische Regierungschef kommt nach Deutschland*.¹⁰ Wobei das besonders groß gedruckte Wort “Lideri” eigentlich nicht “Regierungschef” heißt, sondern vom englischen “leader” – Führer – abgeleitet ist. Es wurde erklärt, die türkische Fahne läge so über der deutschen Nationalfahne, dass ein falscher Eindruck entstehe.

16.02.: Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Anschlag in Ludwigshafen lassen sich bislang nicht bestätigen¹¹: Die Ermittlungen zur Brandursache konzentrieren sich immer mehr auf einen elektrischen Defekt, leicht brennbarer Hausmüll war außerdem zum Zeitpunkt des Brandausbruchs im Keller gelagert.

¹ [FOCUS](#), 06.02.2008

² [SPIEGEL](#), 06.02.2008

³ Video-Portal [YouTube](#), 07.02.2008

⁴ [linie 1](#), Online-News, 07.02.2008

⁵ [linie 1](#), Online-News, 08.02.2008

⁶ [linie 1](#), Online-News, 08.02.2008

⁷ [SPIEGEL](#), 09.02.2008

⁸ [linie 1](#), Online-News, 14.02.2008

⁹ [FAZ.net](#), 15.02.2008

¹⁰ [Bürgerbewegung pro Köln](#), 13.02.2008

¹¹ [FOCUS](#), 16.02.2008

18.02.: “Wir werden nicht vergessen” titelt Hürriyet, und auch andere türkische Zeitungen schüren weiter Ressentiments. ¹ „Jetzt reicht’s”, titelte die „Hürriyet” am Sonnabend. In der Unterzeile hieß es: „Kaum ist ein von Türken bewohntes Haus abgekühlt, brennt ein anderes.” Hintergrund: Vier weitere Wohnungsbrände waren ausgebrochen – in zwei Fällen die Ursache aber schon geklärt. Doch davon wollen die türkischen Blätter nichts hören.

22.02.: Bislang wurde keine neuer Hinweis auf einen Brandanschlag gefunden. Ein neuer Streit zeichnet sich zwischen Ankara und Deutschland ab ²: Das türkische Innenministerium kritisiert den Umgang der deutschen Behörden mit dem Fall, berichtet die regierungsnah türkische Zeitung „Zaman”. Eines der Mädchen habe seine Aussage zurückgezogen, vermeldet die FAZ - eine Meldung, die der Vater kurz darauf dementiert.

24.02.: Die Türken in Deutschland seien wegen des neuen Zuwanderungsgesetzes und der jüngsten Brände in türkischen Wohnhäusern beunruhigt ³, sagte Zafer Üskül – türkischer Politiker – und sieht “...die Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße zwischen Türken und Deutschen in der Bundesrepublik...”. Hintergrund: Das neue Zuwanderungsgesetz hebt das Heiratszuzugsalter von 16 auf 18 Jahre an und verlangt erstmals minimale Deutschkenntnisse. Es wurde und wird von türkischen Funktionären, Politikern und Verbänden heftig bekämpft.

26.02.: Strom soll abgezapft worden sein; Decken sich abgesenkt, weil nach der Renovierung in einer der Wohnungen zentnerschweres Baumaterial auf dem Dachboden gelagert worden war; Verwandte der Hausbewohner, die im Keller gehaust und bis zuletzt Möbel gelagert hatten. Maroder Altbau und Hausbewohner, die sich schon mehrmals vorher beim Vermieter beschwert hatten ⁴ - alles deutet auf gravierende Sicherheitsmängel im Haus und ein Selbstverschulden des Brandes.

28.02.: Die Brandursache ist geklärt bzw. nicht ⁵: Ein Schwelbrand unter der Kellertreppe hat den

Großbrand ausgelöst. Wie es zu dem Schwelbrand kam bleibt dagegen unklar. Brandstiftung gilt als immer unwahrscheinlicher – es wurde kein Brandbeschleuniger gefunden und die Aussagen der beiden kleinen türkischen Mädchen waren definitiv falsch. Das Gutachten der Brandermittler soll heute der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

02.03.: Das Gutachten wurde bis jetzt nicht veröffentlicht.

04.03.: Die lange angekündigte Pressekonferenz zum Ludwigshafener Wohnhausbrand fand statt. Ergebnis: die Brandursache ist nicht geklärt – klar ist nur, was es NICHT war. Keine Brandstiftung mit fremdenfeindlichem Hintergrund – die Aussagen der beiden türkischen Mädchen sind definitiv falsch – und auch kein technischer Defekt. Der Schwelbrand hat das Großfeuer ausgelöst, doch WIE der Schwelbrand entstand und WER oder WAS dafür verantwortlich ist, bleibt ungeklärt – und wird es wohl auch bleiben. Eine offizielle Entschuldigung von Seiten der Türkei, Türken und türkischen Presse an uns Deutsche gibt es bis jetzt nicht.

06.04: WeltOnline berichtet, dass Zeki K. - Bewohner des Hauses und Vater des Hausbesitzers – vernommen wurde. ⁶ Er soll Informationen zurückgehalten haben, um “eine oder mehrere Personen zu schützen”. “Wir schenken seinen Aussagen keinen Glauben”, sagte die Staatsanwältin Gisa Thermann der Zeitung “Hürriyet”.

23.07.: SpOn meldet, dass als Ursache des Brandes ein “bisher nicht geklärtes fahrlässiges Verhalten angenommen werden muss”. ⁷ Brandstiftung und fehlerhafte Elektrik als Brandursache werden ausgeschlossen, die Ermittlungen eingestellt. Was aus dem Verhör mit Zeki K. wurde, bleibt wohl ein Geheimnis. Eine Entschuldigung von Seiten türkischer Medien, türkischer Politiker und in Deutschland lebenden Türken über die rassistische Hetzkampagne gegen uns gab es bis heute nicht. Und wird es wohl auch nicht geben.

¹ [Der Tagesspiegel](#), 18.02.2008

² [FOCUS](#), 22.02.2008

³ [derStandard.at](#), 24.02.2008

⁴ [stern.de](#), 26.02.2008

⁵ [Bild.de](#), 27.02.2008

⁶ [Welt Online](#), 06.04.2008

⁷ [Spiegel Online](#), 23.07.2008

März 2008, Backnang/Baden-Württemberg

Bei einem absichtlich gelegten Feuer in einem fast ausschließlich von Türken bewohnten Mehrfamilienhaus im baden-württembergischen Backnang sind zwei Bewohnerinnen leicht verletzt worden. Auf eine Wand im Hinterhof des Gebäudes wurden rechtsradikale Parolen gesprüht, wie die Polizei mitteilte. Der oder die Täter hatten im Eingangsbereich des 13-Parteien-Hauses einen Kinderwagen vermutlich mit Brandbeschleuniger oder Benzin angezündet. An der Fassade im frei zugänglichen Hinterhof fanden die Beamten zwei umgekehrte Hakenkreuze und einen mehrere Meter breiten Schriftzug mit Schreibfehler: „Jetst alle sterben“. Ob ein Zusammenhang zwischen der Brandstiftung und den Schmierereien besteht, wird nach Polizeiangaben derzeit noch untersucht. ¹

Die WELT ² schreibt am 1. April 2008:

Backnang - Nach der Brandstiftung in einem überwiegend von Türken bewohnten Mehrfamilienhaus

in Backnang (Baden-Württemberg) mehren sich die Zweifel an einem fremdenfeindlichen Hintergrund. "Die Spur ist nicht heiß", sagte ein Polizeisprecher. Man gehe nun davon aus, dass der im Hinterhof aufgesprühte, schwer leserliche Text "Deutsche alle sterben" und nicht "Jetst alle sterben" laute. Auch die auf die Wand geschmierten umgedrehten Hakenkreuze deuteten eher nicht auf Rechtsradikale hin. Ursache für die Brandstiftung könnte auch Streit unter den Bewohnern oder mit Nachbarn sein. Bei dem Feuer am Samstag waren fünf Menschen verletzt worden.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, forderte schnelle Aufklärung. Sollte es sich um einen fremdenfeindlichen Anschlag handeln, gelte "null Toleranz", teilte Böhmer in Berlin mit. "Ich hoffe, dass der oder die Täter schnell gefasst und hart bestraft werden." Es sei unwahrscheinlich, dass Neonazis nicht wüssten, wie man ein Hakenkreuz macht, hieß es bei der Polizei.

November 2008, Siegen

Auf einer Gedenkveranstaltung des DGB zu "40 Jahren Kampf gegen Rechts in Siegen", an dem auch die lokale SPD-Größe Frau Loke Mernizka teilnahm, verplapperte sich einer der geehrten Helden von damals: Er selbst habe am Vorabend einer geplanten NPD-Veranstaltung Hakenkreuze auf die Siegener Ortsschilder geschmiert, um Stimmung gegen die Rechten zu machen.

Zufällig wurde der verräterische Teil der senilen Re-

de auf Video festgehalten und bei Youtube ³ veröffentlicht.

Bleibt die Frage, wieviele der in den letzten 40 Jahren in Deutschland verübten rechtsextremistischen Schmierereien tatsächlich auf das Konto von Rechtsradikalen geht, und wieviele aus pädagogischen Gründen für den Kampf gegen Rechts gefälscht wurden? ⁴

Dezember 2008, Passau

Der 53-jährige deutsche Polizeibeamte Alois Mannichl, als Polizeidirektor bei der Bayerischen Polizei seit 2004 Leiter der Polizeidirektion der Stadt Passau, wurde bundesweit bekannt, als auf ihn nach eigenen Aussagen am 13. Dezember 2008 eine Messer-Attacke verübt wurde und die Polizei deswegen rechtsextremistische Motive vermutete.

Die folgende *Chronologie des Falls Mannichl* ist dem rechts-konservativen Blog *Vaterland* entnommen (mit marginalen Änderungen - nicht grau unter-

legte Anmerkungen sind von mir) ⁵:

13.12.2008, Fürstzell [bei Passau], Samstag ca. 17:30: An der Haustür des Passauer Polizeichef Alois Mannichl läutet es. Als er öffnet, steht ein Mann vor der Tür. Mit den Worten "Viele Grüße vom nationalen Widerstand, du linkes Bullenschwein, du trampelst nicht mehr auf den Gräbern unserer Kameraden herum" ⁶ pöbelt er Mannichl an und sticht zu. Mannichl wird schwer verletzt, die Klinge verfehlt nur knapp das Herz. Der Täter wirft

¹ [BILD](#), 29.03.2008

² [WELT ONLINE](#), 01.04.2008

³ [Video](#) auf YouTube („Linker bekennt sich zu Hakenkreuz-Schmierereien“)

⁴ [Politically Incorrect](#) (Blog), 21.11.2008

⁵ [Vaterland](#) (Blog), 20.12.2008

⁶ [Netzeitung.de](#), 14.12.2008

das Messer weg und flüchtet zum Auto eines Komplizen, der in einer Nebenstraße wartet.



BILD-Grafik des Attentats

Mannichl – einziger Zeuge – beschreibt den Mann so: Männlich, ca. 25 bis 35 Jahre, ca. 190 cm groß, kräftige Statur, runde Gesichtsform, Glatze oder sehr kurz geschnittene Haare, Leberfleck oder Tätowierung am Hals, kein Bart, Bomberjacke. Der Täter sprach bayerischen Dialekt evtl. mit österreichischer Einfärbung. Vermutet wird ein Racheakt aus der "Neonazi-Szene".¹ Wegen der "Besonderheit des Falles" werden die Medien über das Messerattentat offiziell erst sieben Stunden später informiert.²

14.12.2008, Sonntag: Gemeinsame Presserklärung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Joachim Herrmann, CSU, bayerischer Staatsminister des Innern, bezeichnete das mutmaßliche Neonazi-Attentat als eine neue Dimension rechter Verbrechen in Bayern. „Das ist eine Eskalation der Gewalt“, so Herrmann.³ Ein NPD-Verbotsverfahren wird debattiert.⁴ Die Polizei verbucht einen schnellen Fahndungserfolg, zwei Tatverdächtige [26 und 27 Jahre] sind festgenommen worden.

15.12.2008, Montag: Der Verdacht gegen die zwei festgenommenen Männer lässt sich nicht halten: Beide haben ein Alibi und können von Mannichl nicht identifiziert werden.⁵

Ein neues Detail zur Tatwaffe wird bekannt: Das Messer gehört Mannichl selbst und lag vor seinem Haus. Als Grund wird ein Adventsbrauch angegeben, der in Mannichls Siedlung praktiziert würde. Lebkuchen und Messer stünden in der Vorweihnachtszeit vor der Haustüre bereit, damit Mitbürger sich ein Stück Lebkuchen abschneiden könnten.

Der Attentäter trug offenbar Handschuhe: Die Experten fanden weder Fingerabdrücke noch DNA-Spuren auf der Tatwaffe. Die gebildete Soko Fürstencell wird von 20 auf über 50 Mann aufgestockt.⁶

16.12.2008, Dienstag: Neue Spur im Fall Alois Mannichl. Wie der Leitende Oberstaatsanwalt Walch heute mitteilt, gab es erneut zwei Festnahmen.⁷ Dabei handelt es sich um eine 22-jährige Frau und ihren 33-jährigen Ehemann, über die die Ermittler dem mutmaßlichen Täter auf die Spur kommen wollen. Tatverdächtig seien die beiden nicht. Sie waren heute nachmittag in ihrer Wohnung in München festgenommen worden. Außer der So-Ko "Fürstencell" sind auch Polizisten aus Österreich und Tschechien mit eingebunden. Der Fall Mannichl ist in der heute stattfindenden bayrischen Kabinettsitzung Thema.

[Drucksache 16/158 des bayrischen Landtages](#) (PDF-Dokument). Entschließung: Gemeinsam gegen Rechtsextremismus. Umfassendes Konzept, das sowohl präventive als auch repressive Maßnahmen beinhalten soll.

Der STERN bringt einen Artikel mit dem Titel „Passau und die braunen Schatten“.⁸ Darin heißt es u. a.: Auch jetzt, nach dem Angriff auf Alois Mannichl, gingen einige Passauer sofort auf die Straße, versuchten, das Image der Stadt zu korrigieren. Ein Student und das vor zwei Jahren gegründete Bündnis "Runder Tisch gegen Rechts" organisierten am Montag einen Solidaritätsmarsch für das Anschlagsoffer. 350 Demonstranten, darunter viele Studenten und Lokalpolitiker, zogen durch die Altstadt. Sprüche wie "Nazis Stinken", "Schöner leben ohne Nazis" oder "Nazis - nein danke!" waren auf Plakaten zu lesen. Der Bischof, vor dessen Residenz die Demonstration endete, blieb dem Umzug zwar fern, aber der Geistliche ließ immerhin wissen, dass sich Mannichl "im Gebet begleitet wissen" dürfe.

Auch in Fürstencell, dem Ort des Anschlags, hat man die Neonazis nicht ungehindert handeln lassen. Auch hier hat man sich gegen die unerwünschten Gäste gewehrt. Zweimal, im Januar und im März, haben sie auf dem Marktplatz gegen Extremismus - linken und rechten - demonstriert, auch dem Pas-

¹ [heute.de](#), 17.12.2008

² [medienDENK](#), 13.12.2008

³ [n-tv.de](#), 14.12.2008

⁴ [WELT ONLINE](#), 15.12.2008

⁵ [WELT ONLINE](#), 15.12.2008

⁶ [Bild.de](#), 16.12.2008

⁷ [WELT ONLINE](#), 16.12.2008

⁸ [stern.de](#), 16.12.2008

sauer "Runden Tisch gegen Rechts" hat sich die Marktgemeinde angeschlossen. Hunderte Menschen sind bei den Veranstaltungen mitgelaufen, der katholische und der evangelische Pfarrer haben für Frieden und Demokratie gebetet. Mannichl, der Passauer Polizeichef, ist dabei immer in erster Reihe marschiert. Der Fürstenzeller Dönerbuden-Besitzer mit Migrationshintergrund sagt, er habe noch keinerlei Probleme mit Rechten gehabt, in dem Ort gehe man immer freundlich mit ihm um. Und am Dienstag will der Marktgemeinderat darüber beraten, eine Lichterkette anzulegen. "Wir wollen zeigen, dass wir gegen solche Übergriffe sind, egal von wem und gegen wen", sagt Bürgermeister Lehner.

Die *taz* schreibt, dass „Neonazis“ sich über die Tat und Mannichl lustig machen und ihn verhöhnen.

17.12.2008, Mittwoch: Gegen das Ehepaar aus München ist Haftbefehl erlassen worden. ¹ Nach Angaben der Staatsanwaltschaft sollen der 33 Jahre alte Mann und die 22 Jahre alte Frau den noch flüchtigen Täter bei dem Attentat unterstützt haben. Zudem wird auch noch ein weiterer Komplize aus der Szene gesucht. Die 50-köpfige Sonderkommission hat aufgrund von Zeugenangaben detaillierte Beschreibungen der beiden Männer veröffentlicht.

18.12.2008, Donnerstag: Das festgenommene Ehepaar gehöre zu den "Freien Nationalisten München" – ein Ableger der "Autonomen Nationalisten". ² In erster Linie handele es sich bei dem Netzwerk um jugendliche Neonazis, die Kleidung der Linken trügen und deren Symbole kopierten. Sie hätten, so die FAZ, in jüngster Zeit Zulauf. ³

Ermittler hätten Manuel H. und dessen Frau Sabrina aus dem Kreis von 45 Verdächtigen des rechtsradikalen Spektrums herausgefiltert. Lt. Süddeutsche trüge Manuel H. bei Demonstrationen einen "Hamassupport"-Button, um seine anti-israelische Haltung zu unterstreichen. Kurzzeitig festgenommen wurde auch deren Vorsitzender Philipp Hasselbach, ein führender Kader der Freien Kameradschaftsszene. ⁴

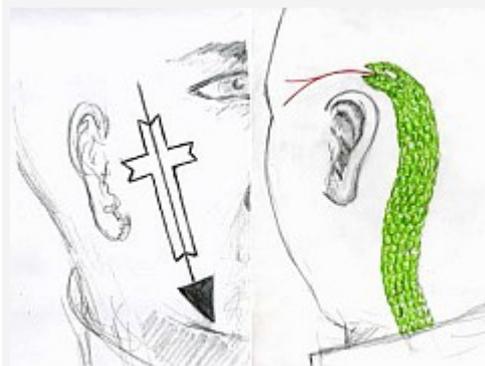
Hasselbach veröffentlicht im Internet den Beschluss des Amtsgerichts Passau über die Beschlagnahmung seines Mobiltelefons. Die Uhrzeiten über den An-

griff auf Mannichl stimmen nicht überein: Lt. Presse ca. 17:30 Uhr, lt. Amtsgerichtsbeschluss 13:35 Uhr. ⁵

Ein neuer Anlauf für ein NPD-Verbot ist gescheitert - ein entsprechender Vorstoß von Bayern und RLP fand bei einem Treffen der Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel in Berlin keine Mehrheit. ⁶

19.12.2008, Freitag: Mannichl wird aus dem Krankenhaus entlassen und gibt im Krankenhaus ein Presseinterview. Er bekräftigt sein Engagement gegen "Rechts" und dankt der Presse für die "faire Berichterstattung". Angela Merkel spricht von einem "Angriff auf alle Bürger" und fordert mehr Zivilcourage. ⁷

Auch Fahndungsfotos sind veröffentlicht worden – sie zeigen Tattoos. ⁸ Gesichter sind nicht abgebildet, weil die Angaben zu allgemein seien, um damit ein Fahndungsbild zu erstellen. Gesucht wird ein Komplize, der – nach Zeugenangaben – hinter dem linken Ohr ein vom Hals bis zur Schläfe reichendes Tattoo tragen soll: Eine grüne, züngelnde Schlange (lt. SoKo könnte er allerdings mit dem Täter identisch sein) plus einen möglichen dritten Mann: Dessen einziges bekanntes Merkmal ist ein auf der rechten Wange eintätowiertes Kreuz mit einem nach unten gerichteten Pfeil. Er habe sich zum Tatzeitpunkt ebenfalls in Mannichls Wohnort Fürstenzell aufgehalten.



Zudem sucht die Polizei einen möglichen weiteren Zeugen – einen Mann, der zur Tatzeit einen Buggy mit einem Kleinkind durch den Ort geschoben haben soll.

¹ [FAZ.net](#), 17.12.2008

² [SPIEGEL ONLINE](#), 18.12.2008

³ [FAZ.net](#), 20.12.2008

⁴ [sueddeutsche.de](#), 18.12.2008

⁵ [Screenshot](#) Amtsgerichtsbeschluss vom 17.12.2008

⁶ [netzzeitung.de](#), 18.12.2008

⁷ [TV Südbaden](#), 19.12.2008

⁸ [msn, Nachrichten](#), 19.12.2008

20.12.2008, Samstag: Eine "konzertiertes Vorgehen gegen Rechts" wird angekündigt. Steinmeier [SPD] fordert, Polizei und Verfassungsschutz müssen mit aller Härte jede rechtsextremistische Äußerung und Handlung verfolgen und regt ein neues NPD-Verbot an.¹

Joachim Herrmann (CSU) fordert Vereinsverbote für verfassungswidrig agierende Vereine und kündigt an, zudem "verstärkt gegen rechtsradikale Webseiten vorgehen zu wollen".

Ralf Stegner (SPD) fordert ein "gemeinsames Handeln aller demokratischen Kräfte" und ein neues NPD-Verbotsverfahren „sehr ernsthaft“ zu prüfen. Es sei „unerträglich, dass man Nazis über die staatliche Parteienfinanzierung mit Steuergeldern fördert“.

Neue Erkenntnisse über den/die Täter gibt es nicht.

21.12.2008, Sonntag: In Ermangelung neuer Erkenntnisse im Fall Mannichl geht die Presse nun zu Lokalkolorit und Psychoberichterstattung über. Die FAZ berichtet zudem, das Messer sei 24 cm lang gewesen und habe wegen des Lebkuchenbrauchs auf der Fensterbank gelegen.²

Die WELT schreibt am 22.12.2008:

Gut eine Woche nach dem Attentat auf Alois Mannichl haben rund 500 Mitbürger im Wohnort des Passauer Polizeichefs gegen Neonazis und Rechtsextremismus demonstriert.

...

Die Menschen versammelten sich trotz heftiger Regenfälle mit Kerzen am Marktplatz von Fürstzell zu einem stillen Protest. Die Gemeindeverwaltung hatte zwei große Transparente mit dem Aufdruck „Bürger gegen Extremismus“ und „Solidarität gegen Gewalt“ aufgestellt. Zu Beginn und zum Ende des 20-minütigen Protests wurden die Kirchenglocken geläutet.

...

Wegen des Mordanschlags rief der evangelische Landesbischof Johannes Friedrich dazu auf, noch kämpferischer als bisher gegen rechtsextremistische Umtriebe im Freistaat vorzugehen. „Extremismus darf nirgends, erst recht nicht in Deutschland toleriert werden“, sagte der Schirmherr des Bayerischen Bündnisses für Toleranz laut Mitteilung. In dem

2005 gegründeten Bündnis sind 23 Partner aus Politik, Wirtschaft und verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vertreten. ...³

23.12.2008, Dienstag: *Welt Online* informiert gerade [11:30], dass das Ehepaar Manuel und Sabrina H. freigelassen werden soll – der Haftbefehl wurde aufgehoben.⁴ Der Tatverdacht habe nicht aufrechterhalten werden können, sagt ein Polizeisprecher in Passau. Weiteres wolle die Staatsanwaltschaft in Kürze in einer Pressemitteilung bekanntgeben.

Ein richtiges Phantombild ist dem Sprecher zufolge weiterhin nicht geplant, weil es „nicht erfolgsversprechend“ wäre. „Es wäre von den Unterscheidungsmerkmalen her schwierig“. Also weiterhin der/die GU [=Abkürzung im Polizeijargon für "Große Unbekannte"].

Der Forist 'Nörgler' machte mich auf einen Artikel in MV-Regio aufmerksam, der schon zwei Tage nach dem Attentat erschien.⁵ Im Gegensatz zu den großen Blättern zitiert das lokale Blatt den leitenden Oberstaatsanwalt Walch ausführlicher: Es werde in alle Richtungen ermittelt, weil der Satz "Viele Grüße vom nationalen Widerstand...." auch als bewusste Ablenkung vom wirklichen Täterkreis gesagt worden sein könnte. Außerdem gebe es erste Anzeichen, dass die Täter aus dem Umfeld von Mannichl stammen könnten. [Dank an Nörgler vom Blog 'Nörgelecke' für den Tipp]

Update: Mittlerweile wird nach fünf Männern gefahndet, von denen nicht einmal sicher ist, dass sie der "rechten Szene" angehören – es könnten auch Punks, Rocker oder Mitglieder einer Gothic-Gruppe sein.⁶ Es gibt jetzt doch zwei neue Phantombilder von zweien aus der Fünfer-Gruppe.

Außerdem kritisiert ein Kriminalbeamter, der nicht der SoKo angehört, die Fixierung auf einen "rechten Täterkreis". Die Soko verteidigt sich mit dem Hinweis, man habe stets in alle Richtungen ermittelt. Die frühe Festlegung der Politik auf einen rechtsextremen Täter erschwere jedoch die Arbeit.

24.12.2008, Mittwoch: Nach Informationen der *Augsburger Allgemeinen* soll sich nun eine unabhängige Ermittlergruppe des LKA in den Fall einschalten, um den Fall evt. noch einmal ganz neu aufzuroll-

¹ [FOCUS ONLINE](#), 20.12.2008

² [FAZ.net](#), 20.12.2008

³ [WELT ONLINE](#), 22.12.2008

⁴ [WELT ONLINE](#), 23.12.2008

⁵ [MVregio](#), 15.12.2008

⁶ [sueddeutsche.de](#), 23.12.2008

len und jede mögliche Variante des vermeintlichen Neonazi-Anschlags zu überprüfen.¹

Es gebe offene Fragen: Warum benutzte der Täter nicht ein eigenes Messer? Warum stach er nicht sofort zu, sondern beschimpfte den Polizeichef erst? In Passauer Polizeikreisen hieße es außerdem, Mannichls Persönlichkeit habe sich im Laufe seines „Kampfes gegen Rechts“ stark verändert.

27.12.2008, Samstag: Die SoKo „Fürstenzell“ soll aufgelöst werden – lt. Focus wird eine Ermittlungsgruppe vom bayrischen LKA den Fall übernehmen und noch einmal bei „Null“ beginnend in „wirklich alle Richtungen“ ermitteln.²

30.12.2008, Dienstag: Die SoKo „Fürstenzell“ soll nun doch vorerst bestehen bleiben.³ Neue Erkenntnisse gibt es bisher nicht, dafür aber neues von der Pressefront: Sie übt sich in der Disziplin „Rudern, rückwärts“. Siehe z.B. hier⁴, hier⁵ und hier⁶.

Update - und alles kehrt Marsch: Das LKA übernimmt nun doch den Fall. Die Begründung: Da Polizeichef Alois Mannichl nach seiner schweren Verletzung eventuell bald in den Dienst zurückkehren werde, sei es „insbesondere aus strafprozessualen Gründen geboten“, die Sonderkommission unter anderer Federführung fortzusetzen.⁷

.....
02.01.2009, Freitag: Kein Witz – das LKA ermittelt jetzt in der Eishockeyszene. Lt. *MVRegio* habe es von Beginn an Hinweise dazu gegeben, das aber „zu Gunsten des Verdacht auf einen rechtsradikalen Hintergrund verworfen“.⁸

RP Online berichtet am 03.01.2009, dass sich etwa 200 „Neonazis“ vor der Polizeidirektion der niederbayerischen Stadt versammelten, um gegen „angebliche“ polizeiliche Willkür und Medienhetze zu demonstrieren. „Gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten protestierten unterdessen insgesamt rund 1000 Menschen friedlich.“⁹

09.01.2009, Freitag: Jetzt thematisieren die Medien in Deutschland all die Ungereimtheiten, die in Blogs und von Kommentatoren von Anfang an hinterfragt worden sind. *Welt Online* schreibt z.B. heute [!]: „Plötzlich erscheint alles in einem neuen Licht“.¹⁰ Plötzlich? Na ja.

.....
17.01.2009, Samstag: Der Fall gerät immer mehr zum Gau für das Polit-Establishment, weshalb Bayerns Innenminister Herrmann am liebsten Maulkörbe verteilen würde. Die FAZ lehnt dankend ab und fasst die bisherigen Ermittlungsergebnisse zusammen: „Jenseits der Stille“.¹¹

.....
05.03.2009: Mannichl erhebt seinerseits Vorwürfe gegen die Polizei: Der Polizeichef mit der kruden Geschichte über „rechtsradikale“ Täter ist empört, dass die „Hetze“ gegen seine Frau und Kinder nicht frühzeitig unterbunden wurde.¹² Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Man darf davon ausgehen, dass sie auch nicht mehr gefunden werden.

18.05.2009: Der rechtsextreme Rächer mit der auffälligen Tätowierung konnte trotz eiligst gebildeter SoKo „Fürstenzell“ bis heute nicht gefunden werden: Deshalb wird die SoKo nun peu a peu aufgelöst.¹³

¹ [Augsburger Allgemeine](#), 24.12.2008

² [FOCUS ONLINE](#), 27.12.2008

³ [merkur-online.de](#), 30.12.2008

⁴ [sueddeutsche.de](#), 29.12.2008

⁵ [Augsburger Allgemeine](#), 29.12.2008

⁶ [rundschau-online.de](#), 29.12.2008

⁷ [Augsburger Allgemeine](#), 30.12.2008

⁸ [MVregio.de](#), 02.01.2009

⁹ [RP Online](#), 03.01.2009

¹⁰ [WELT ONLINE](#), 09.01.2009

¹¹ [FAZ.net](#), 17.01.2009

¹² [sueddeutsche.de](#), 05.03.2009

¹³ [SPIEGEL ONLINE](#), 16.05.2009

April 2012, Hamburg-Eilbek

Drei Neonazis sollen den 24-jährigen Naeim A. erst bewusstlos geprügelt, dann ein Hakenkreuz in die Brust geritzt haben. Danach seien sie geflüchtet und hätten ihn blutend zurückgelassen. Der 24-Jährige wurde zunächst ins Krankenhaus gebracht, und der

Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. Doch für die geschilderte rassistische Tat gab es keine Anhaltspunkte. Noch am Tag der angeblichen Tat widerspricht Naeim A. dann seine Aussagen.¹

¹ [Hamburger Morgenpost](#), 24.04.2012

Achtzehn Lügen gegen rechts

Das [Aktionsbündnis gegen Gewalt in Brandenburg](#) hat eine vom Staat bezahlte Broschüre aufgelegt, in der die Initiatoren die Bevölkerung mit 18 „Gründen“ dazu bewegen wollen, nicht rechts zu wählen. [dvu.de](#) stellt diese Gründe hier dar und bezieht Stellung. Ein rechtliches Vorgehen gegen die teilweise infamen Lügen wird derzeit geprüft. Wie sich im Falle der *Märkischen Allgemeinen* gezeigt hat -

dvu.de berichtete - kann man hier zumindest gegen die größten Lügen vorgehen. Im übrigen verstoßen die regierenden Parteien mit dieser Broschüre gegen die Freiheitlich Demokratische Grundordnung, weil die Broschüre zusätzliches Wahlkampfmittel ist, was diese Parteien sich selbst finanzieren. Auch hier wird umgehend die Lage rechtlich geprüft werden.

→ Lüge Nr. 1: WEIL SIE ANGST VERBREITEN

Rechtsextreme wollen eine Gesellschaft, in der das Gesetz des Stärkeren gilt. Sie wollen entscheiden, wer sich wo bewegen und wer was sagen darf: beim Dorffest, im Elternbeirat, auf dem Marktplatz – sie schüren eine Atmosphäre der Angst, in der Widerspruch und offenes Zusammensein unmöglich gemacht werden sollen.

dvu.de: Ein typischer Fall von Projektion: Die gesellschaftliche Realität sieht anders aus. Die etablierten Kräfte wollen entscheiden, was wo und wann was gesagt werden darf. Faschismus sei keine Meinung, sondern ein Verbrechen, so die Begründung.

Damit stempeln die politisch korrekten Gutmenschen rechte Meinungen jedoch zum Verbrechen. Denn es gilt hierzulande: Was Faschismus ist, entscheide ich.

→ Lüge Nr. 2: WEIL SIE DIE PRESSEFREIHEIT BEKÄMPFEN

Die NPD ist die einzige in Parlamenten vertretene Partei, die die Öffentlichkeit von ihren Parteitaggen ausschließt. Journalisten wurden als „Geschmeiß“ beleidigt und bedroht. Mehrfach wurden Pressevertreter von NPD-Funktionären geschlagen.

dvu.de: Die DVU schließt die Presse nicht von Veranstaltungen aus. Es muss aber hierzu festgestellt werden, dass die Presse nicht oder verzerrend oder bewusst lügend über die Aktivitäten rechter Parteien berichtet. So hat die DVU erst jüngst die „Märkische Allgemeine“ wieder dazu zwingen müssen, die

Behauptung zurückzunehmen, die DVU würde sich für Gewalt gegen Ausländer aussprechen. Die parlamentarischen Initiativen der DVU wurden über zehn Jahre von der Presse bewusst verschwiegen. Es fragt sich also, wer hier eigentlich ein gestörtes Verhältnis zur Pressefreiheit hat.

→ Lüge Nr. 3: WEIL SIE GEWALTÄTIG SIND

Bei den Kommunalwahlen 2008 stellte die Brandenburger NPD einen Mann auf, der in Guben einen Algerier in den Tod gehetzt hat. Rechtsextreme rufen nicht nur zur Gewalt auf, sie schlagen auch selbst zu. Dabei schrecken manche nicht davor zurück, Menschen zu töten.

dvu.de: Es gab bereits einen FDP-Politiker, der einen Juwelierladen ausgeraubt hat und einen SPD-Politiker, der einen Mord in Auftrag gegeben hat. Deshalb zu sagen, FDP oder SPD seien gewalttätig, würde keinem normalen Menschen einfallen. Autonome linke Gewalttäter rufen nicht nur zur Gewalt auf, sondern üben diese auch mit Billigung jener

Kräfte auf, die sich im Rahmen des Aktionsbündnisses gegen Gewalt gegen rechts wenden. Die DVU lehnt Gewalt als Mittel der Politik ab und macht darauf aufmerksam, dass durch vermehrte Einwanderung Gewalt importiert wird. Dafür sprechen alle greifbaren Kriminalstatistiken.

→ Lüge Nr. 4: WEIL SIE FRAUEN AN DEN HERD SCHICKEN WOLLEN

Frauen sind nach NPD-Vorstellungen vor allem dafür da, den „Fortbestand des deutschen Volkes“ zu sichern. Ginge es nach ihr, dürften Frauen nur noch eingeschränkt berufstätig sein. Höchstens in klassischen Frauenberufen wie Hebamme oder Sekretärin könnten sie noch arbeiten.

dvu.de: Das ist wieder eine platte Lüge und gilt weder für die DVU noch für die NPD. Selbstverständlich ist für die DVU, dass der Fortbestand unseres Volkes gesichert werden sollte. Alles andere wäre demographischer Selbstmord und grundgesetzwidrig. Die Politiker schwören, den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren. Der Fortbestand desselben ist aber notwendige Voraussetzung dazu. Die DVU

will den Frauen nicht vorschreiben, welche Berufe sie zu wählen haben. Die etablierten Parteien wollen aber den Frauen einreden, dass Mutter sein nicht erstrebenswert wäre. Die DVU fragt, warum wird Eltern für die Krippenbetreuung vom Staat Geld zur Verfügung gestellt, für die Eigenbetreuung aber nicht? Es ist also genau umgekehrt: Die DVU möchte eine Wahlfreiheit für die Familien.

→ Lüge Nr. 5: WEIL SIE DIE PARLAMENTE MISSACHTEN

Ein NPD-Mann kam mit einem Totschläger in den Schweriner Landtag, ein anderer NPD-Abgeordneter handelt von seinem Wahlkreisbüro aus mit Waffen. Brandenburger DVU-Abgeordnete verhöhnern die Opfer der Nazi-Herrschaft und nutzen jede Gelegenheit, gegen Teile der Bevölkerung zu hetzen.

dvu.de: Die Einzigen, die Parlamente missachten, sind die etablierten Parteien. Bei ihnen herrscht ein grundgesetzwidriger Fraktionszwang. Vorschläge der rechten Opposition werden nicht behandelt, nur weil sie von rechts kommen. Parlamentarische Rechte müssen sich rechte Parteien gegen den Widerstand der Herrschenden erkämpfen. Das gilt sogar für das Rederecht. Dies wird durch die etablier-

ten Parteien gegen rechts eingeschränkt. Durch die Hetze gegen rechts sind rechte Politiker an Leib und Leben bedroht. Die DVU verhöhnt weder irgendwelche Opfer, noch hetzt sie gegen Bevölkerungsteile. Wenn man an die Würde deutscher Opfer erinnert, ist das keine Verhöhnung von NS-Opfern. Der Hinweis auf Ausländerkriminalität ist nicht gleichbedeutend mit der Hetze gegen „Bevölkerungsteile“.

→ Lüge Nr. 6: WEIL SIE MIT NEONAZIS UNTER EINER DECKE STECKEN

Die Neonazi-Kameradschaften zu unterstützen, ist bei der NPD Parteilinie. Neonazi-Anführer sind im Vorstand für die Zusammenarbeit mit den rechten Schlägertrupps zuständig. Die DVU gibt sich bürgerlich, aber bei Veranstaltungen wie dem DVU-Sommerfest werden Neonazis hofiert und es wird Nazi-Musik gespielt.

dvu.de: Die DVU gibt sich nicht bürgerlich, sondern agiert aus der Mitte des Bürgertums. Was soll „Nazi-Musik“ sein? Und was sollen Neonazis sein? Al-

les, was den etablierten Kräften nicht gefällt, wird pauschal mit der Faschismuskeule erschlagen. Mit Argumenten hat das nichts zu tun.

→ Lüge Nr. 7: WEIL SIE GEGEN DIE NATIONALMANNSCHAFT HETZEN

Wenn es nach den Rechtsextremen ginge, dürften Gomez, Klose, Neuville, Podolski, Trochowski, Özil und Cacau nicht für Deutschland spielen. Während die Fans zusammen feiern, beleidigt die NPD mit ihrem Rassewahn das deutsche Team.

dvu.de: Das deutsche Team ist für die DVU die deutsche Mannschaft. Und die Neue Rechte hetzt nicht gegen die Nationalmannschaft, sondern beklagt eine zunehmende Ökonomisierung des Spor-

tes. Zum besseren Geschäft, kann man auf dem Transfermarkt jetzt nicht nur sklavenmäßig Mannschaften wechseln, sondern auch die Nationalität. Dass darunter die Identifikation leidet, hat selbst der

deutsche Trainer Joachim Löw festgestellt. So etwas als Rassenwahn zu bezeichnen, ist kompletter Irrsinn.

→ Lüge Nr. 8: WEIL SIE STRAFTATEN BEGEGHEN

Eine Mehrheit der im April 2009 gewählten NPD-Vorstandsmitglieder ist vorbestraft, unter anderem wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Beleidigung, Körperverletzung, Volksverhetzung.

dvu.de: Weil den Initiatoren nicht genug einfällt, wiederholen sie sich. Deshalb nochmal: Es mag überall Fehlverhalten einzelner geben. Es wird rein rechnerisch wesentlich mehr vorbestrafte Anhänger

und Politiker von SPD und CDU geben als von der DVU. Die DVU spricht sich für Opferschutz statt Täterschutz aus – und CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP?

→ Lüge Nr. 9: WEIL SIE AUCH SCHON MAL GELD UNTERSCHLAGEN

Der letzte NPD-Schatzmeister sitzt wegen Untreue im Gefängnis, weil er über 700.000 Euro unterschlagen hat. Jahrelang hat die NPD Rechenschaftsberichte gefälscht. Die DVU wurde mehrfach wegen Missbrauchs von Fraktionsgeldern gerügt. Hunderttausende Euro wurden an Privatleute und Firmen weitergeleitet.

dvu.de: Lüge und Halbwahrheit – dass ist Propaganda zu jeder Zeit. Vorwürfe werden so im Vagen gelassen, dass man presserechtlich nur schwer gegen sie vorgehen kann und dass sie trotzdem den größtmöglichen Rufschaden erzielen. Die CDU hat Spenden

gelder als jüdische Nachlässe deklariert. Also auch die CDU ist eine Partei, die schon mal Gelder unterschlägt. Und? Was folgt daraus? Die DVU hat in zehn Jahren sauber gearbeitet und keine Gelder an Firmen und Privatleuten weitergeleitet.

→ Lüge Nr. 10: WEIL SIE DEM TOURISMUS SCHADEN

Fremdenverkehr und Fremdenfeindlichkeit passen nicht zusammen: 125.000 Arbeitsplätze hängen in Brandenburg vom Tourismus ab. Jedes Jahr gehen über 40 Millionen Euro flöten, weil Gäste Reisen nach Brandenburg aus Angst vor Nazis absagen.

dvu.de: Eine infame Lüge, die durch DVU-Anfragen längst widerlegt ist. Jeder Brandenburger sollte sich doch einmal fragen, ob er ernsthaft glaubt, je-

mand würde seine Reise stornieren, weil die DVU mit ein paar Abgeordneten im Landtag sitzt.

→ Lüge Nr. 11: WEIL SIE HASSMUSIK VERTREIBEN

Mehrere NPD-Abgeordnete und Vorstände verdienen Geld damit, CDs mit Nazi-Liedern zu verkaufen. Zehntausende solcher CDs wurden von der NPD kostenlos an Schulen verteilt. Der häufigste Veranstaltungsort für Rechtsrock-Konzerte in Brandenburg ist das Grundstück eines DVU-Vorstandsmitglieds.

dvu.de: Es gibt im Bereich der Jugendkultur exzessive Gewalttexte im Bereich etwa der von den etablierten Parteien geduldeten Gangster-Rappern wie Bushido oder Sido, die weit über das hinausgehen, was selbst extremere Bereiche des Rechtsrocks bie-

ten. Rechte Jugendkultur bringt auch eigene Musik hervor und artikuliert eigene Hoffnungen und Träume. Eine Gesellschaft, die Jugendkultur bekämpft, verhält sich nicht anders als die Kulturpolitik der SED.

→ Lüge Nr. 12: WEIL SIE DIE GESCHICHTE LEUGNEN

NPD-Chef Udo Voigt hält Adolf Hitler für einen „großen deutschen Staatsmann“ und schlug Nazi-Kriegsverbrecher für den Friedensnobelpreis vor. Er bestreitet, dass die Nazis sechs Millionen Juden umgebracht haben. Die DVU-Parteizeitung hetzt gegen Juden und verherrlicht Nazi-Kriegsverbrechen zum Heldenepos.

dvu.de: Wo man von „Leugnung“ im Zusammenhang mit freier Geschichtswissenschaft spricht, hat man den Boden eines freien Staates längst verlassen. Abgesehen davon, dass es keine DVU-Parteizeitung gibt – das Aktionsbündnis meint wahrscheinlich die „Nationalzeitung“. Das Aktionsbündnis wird nicht einen einzigen Beitrag herausfinden,

keine Äußerung eines DVU-Politikers, in dem Verbrechen verherrlicht werden. Insofern muss geprüft werden, ob man hier nicht tatsächlich wieder auf Unterlassung klagen kann. Die bewusste Verbreitung von Lügen gegen rechts hat mit Meinungsfreiheit nichts zu tun.

→ Lüge Nr. 13: WEIL SIE SCHLECHT FÜR KINDER SIND

In den Zeltlagern der inzwischen verbotenen Organisation HDJ, in der viele NPD-Funktionäre aktiv waren, wurden Kinder paramilitärisch gedrillt und gezwungen, sich gegenseitig zu schlagen und kilometerweit mit schwerem Gepäck zu marschieren.

dvu.de: Wo bestehen eigentlich Probleme: in Discos mit Designer-Drogen oder Sauf-Exzessen oder bei bündischen rechten Jugendgruppen? Beim HDJ wurden die Kinder nicht „paramilitärisch gedrillt“ und

es wurde niemand gezwungen, andere zu schlagen. Auch dies eine infame Lüge. Ob man Wanderungen mit Gepäck für schädlich hält, muss wohl jede Familie selbst entscheiden können.

→ Lüge Nr. 14: WEIL SIE SCHLECHT FÜR DIE WIRTSCHAFT SIND

Etwa 300 ausländische Unternehmen bieten in Brandenburg etwa 40.000 Arbeitsplätze, die Hälfte davon in der Industrie. Gewerkschaften und Unternehmerverbände sagen einhellig, dass Investoren und Fachkräfte durch Rassismus abgeschreckt werden.

dvu.de: Wie peinlich kann man eigentlich noch sein? Für die Massenarbeitslosigkeit sind die regier-

enden Parteien verantwortlich, nicht die DVU.

→ Lüge Nr. 15: WEIL SIE DIE BETRIEBSRÄTE ZERSCHLAGEN WOLLEN

Die NPD will „Betriebsgemeinschaften“ statt Betriebsräte. Arbeiter und Angestellte sollen sich nicht für ihre Interessen einsetzen, sondern sich den Unternehmern unterordnen.

dvu.de: Wieder so ein Unsinn, der weder für die NPD noch für die DVU gilt. Das steht nirgendwo, das hat auch niemand gesagt. Aber man kann es ja

mal locker behaupten. Allerdings hat die DVU berechtigte Zweifel, dass heutige Gewerkschaftsböden noch Arbeitnehmerinteressen vertreten.

→ Lüge Nr. 16: WEIL SIE BILDUNG NUR FÜR REICHE WOLLEN

Rechtsextreme behaupten, Intelligenz sei von Geburt an festgelegt. Die Bildungspolitik müsse dem Elitegedanken verpflichtet sein, fordert die DVU. Ihnen geht es nicht darum, Kinder zu fördern. Deshalb will die NPD Kita-Plätze streichen und Gesamt- und Ganztagschulen abschaffen.

dvu.de: Die Thesenmacher sind jedenfalls schon Opfer der Bildungskatastrophe. Ja, die DVU sieht sich dem Elitedenken verpflichtet, meint also, dass die Besten einer besonderen Förderung bedürfen, weil sie für die Zukunft des Landes wichtig sind. Differenzierung im Bildungswesen heißt, dass jeder seinen Platz in der Gesellschaft hat und jeder nach seinen Fähigkeiten, die tatsächlich zu einem großen Prozentsatz angeboren sind, gefördert werden soll. Wie die Thesenmacher aber darauf kom-

men, dass die DVU deshalb nur Bildung für Reiche will, erschließt sich nicht wirklich. Tatsache ist, dass die soziale Herkunft jetzt und heute für den Bildungsabschluss hauptsächlich verantwortlich ist. Die Regeln der Bildungspolitik werden aber zurzeit nicht von der DVU gemacht, sondern von CDU und SPD. Die DVU will keine Kindergartenplätze streichen. Sie steht der Gesamtschule, wie übrigens auch die CSU, kritisch gegenüber.

→ Lüge Nr. 17: WEIL SIE UNSERE NACHBARN BEDROHEN

Deutsche und Polen leben an einer offenen Grenze und wollen die Nachbarschaft gemeinsam gestalten. Nicht so die Rechtsextremen: Sie wollen große Teile Polens unter deutsche Besatzung stellen. Auf NPD- Plakaten wird in den Grenzgemeinden zum Hass aufgestachelt.

dvu.de: Wenn die DVU mit ihrer Aktion „Pawel, bleib zu Hause“ an die Öffentlichkeit geht, dann deshalb, weil deutsche Arbeitnehmer durch Billig-

lohnkonkurrenz aus dem Osten ebenso bedroht sind, wie die Gesellschaft durch eine steigende Kriminalität nach der Grenzöffnung.

→ Lüge Nr. 18: WEIL SIE RENTNER ABZOCKEN WOLLEN

Die NPD will laut Programm Ausländer aus der Rentenversicherung „ausgliedern“. Keine Partei darf die Beiträge umwidmen, die Arbeiter und Angestellte sowie Unternehmer in die Rentenkasse eingezahlt haben – das ist Diebstahl.

dvu.de: Die Beiträge der Rentenkassen werden und wurden nicht durch NPD oder DVU umgewidmet, sondern durch die etablierten Parteien, die davon etwa die deutsche Einheit bezahlt haben. Wer nichts in eine Kasse einzahlt, kann auch nichts rausbekommen. Alles andere wäre lediglich „umgewidmet“ und Diebstahl. Aber mit Logik haben es die Akteure vom *Kampf gegen rechts* nicht.

Hetze gegen rechts

Während eine tatsächliche Meinungsfreiheit von Rechten allenfalls in Blogs und privaten Foren gewährleistet ist, wird in auf Politically Correctness bedachten Foren völlig willkürlich zensiert. Hetzparolen und plumpe Polemik von linker Seite werden in der Regel nicht sanktioniert, so dass die Frage berechtigt ist, ob die Betreiber der entsprechenden Website womöglich ideologisch befangen sind.

Im [Kommentarbereich](#) des GMX-Forums zum Thema *Gericht erlaubt Neonazi-Demo - Gegendemo verboten* kann man z. B. folgende Äußerungen (mit den üblichen Keulen) lesen, während andere nicht mehr sichtbar sind, weil deren Verfasser gesperrt wurden:

Wie sich Ideologische Ausscheidungen im Hirn auswirkt, merkt man an der Minusdäumchen-Verteilung sowie einigen Pro-Neonazi-Beiträgen hier im Forum.

Treibsand, 16.08.2010, 15:05 Uhr

Wie aufschlussreich, das 8 Braun-Däumeler Nazis nicht Scheisse finden :))

DocCourage, 16.08.2010, 15:07 Uhr

es handelt sich hierbei nicht um "Pro Deutschland".

Sondern um Vollpfosten, die auf offener Straße Fremde traktieren und zu Tode prügeln.

Ein Beispiel für den Marwa Killer.

...und alle tun betrübt...

"Wehret den Anfängen" der menschenverachtenden rechten Ideologie !!

Edelgard, 16.08.2010, 15:52 Uhr

in Wahrheit sind Rechte Anhänger gehirn- und meinungslose Faschisten mit einem Drang zum Morden.

Edelgard, 16.08.2010, 15:53 Uhr

Edelgard

✉ | 146 Beiträge

@izeeee:

in Wahrheit sind Rechte Anhänger gehirn- und meinungslose Faschisten mit einem Drang zum Morden.

Heute, 15:53

4   7

► Verstoß melden

Ausgewählte Artikel zum Thema *Kampf gegen rechts*

[Dirk Hilbert über den alltäglichen Nazi-Terror](#)

Von *Felix Menzel*, 16.02.2012

[Die Methode Spiegel](#)

Von *Martin Lichtmesz*, 14.02.2012

[Linke Gewalt und rechte Gefahr: Der schiefe Blick](#)

Online Magazin *eigentümlich frei*, von *Lydia Flaß*, 27.04.2011

[Deutsche Jugendliche werden bei falscher Meinung zermürbt](#)

Online-Magazin *unzensuriert.at*, 09.04.2011

[Kommunisten, Stalinisten, Maoisten, \(Anti\) Faschisten bestimmen in Deutschland wer oder was "Rechts" ist? Sie haben die Deutungshoheit übernommen - und nicht nur die?](#)

Blog *Freies Europa Free Europe*, 16.01.2011

[Hakenkreuz-Schmierereien: Der KGB führte den Pinsel.](#)

Forum *rockford.net*, 28.01.2010

[Wenn Rechte ausgegrenzt werden – eine eigene Erfahrung](#)

Gastbeitrag von „Loneman73“ im Blog *Vaterland*, 26.07.2009

[Die Presse lügt: Erfundener Überfall auf DGB Demonstration.](#)

Forum *rockford.net*, 02.05.2009

[Politischer Kampf als Wellnessprogramm](#)

Von *Michael Klonovsky*, 22.10.2008

[Im Gespräch: Josef Schußlburner](#)

Blog *Blaue Narzisse*, 03.03.2008

[Die deutsche Rechte muss an einem Strang ziehen](#)

Von *Gerard Menuhin*, auf einer Rede im November 2007

Germar Rudolf über die Beschneidung von Menschenrechten



Germar Rudolf 2010

Der hierzulande als „Rechtsextremist“ und „Holocaust-Leugner“ verunglimpfte und wegen seiner Meinung jahrelang inhaftierte Revisionist *Germar Rudolf* schrieb in seinem Buch *Kardinalfragen an Deutschlands Politiker* (das sich über Google leicht finden und als PDF-Dokument herunterladen lässt) im Jahr 2004 Folgendes, das zum Nachdenken anregen sollte:

... Aber wie isoliert und tabuisiert man nun eine Minderheit in einer „modernen“ Gesellschaft, dass ihre bloße Erwähnung bei den meisten Abscheu, Entsetzen, Greuel hervorruft? Wie erreicht man im „modernen“ Deutschland, dass fast jeder zustimmt, diese Minderheit gehöre verfolgt, zensiert, und in Kerker geworfen?

Ganz einfach. Im Mittelalter gab man solchen Menschen den Namen „Hexe“, und alles andere ergab sich von selbst. Dass diese Menschen keine Hexen waren, wurde nicht bekannt, denn das Thema war ja Tabu, die Opfer tabuisiert.

Heute nennt man solche Menschen „Nazis“, und exakt die gleichen psychologischen Mechanismen der automatischen und allgemein akzeptierten und unterstützen Ausgrenzung und Verfolgung setzen ein.

Bin ich also gegen die Bestrafung von Nazis?

Gegenfrage: Sind Sie gegen die Bestrafung von Hexen?

Was ich mit der Gegenfrage anzudeuten versuche, ist der Umstand, dass die Frage falsch gestellt ist. Kein Mensch verdient es, verfolgt oder bestraft zu werden, nur weil man ihm ein Etikett anheftet.

Die Frage ist also nicht, ob ich gegen die Bestrafung von Menschen bin, die Verbrechen begangen haben – ob der ideologische Hintergrund des Verbrechens nun Hexerei, Schwarze Magie, Teufelsanbetung oder Nationalsozialismus ist, spielt dabei gar keine Rolle –, sondern die Frage ist, ob jemand, der „Hexe“ oder „Nazi“ genannt wird, überhaupt ein Verbrechen begangen hat.

Die heutige deutsche Gesellschaft hat inzwischen einen Punkt erreicht, wo die Beschneidung von Menschenrechten schon allein damit gerechtfertigt wird, weil sich eine solche Rechtsbeschneidung gegen „Nazis“ richtet. Das wird dann von der Öffentlichkeit eiligst allgemein akzeptiert. Da fragt dann keiner mehr, ob die so beschimpften, rufgemordeten, zu Aussätzigen erklärten Menschen überhaupt etwas getan haben, das eine solche Bestrafung rechtfertigte.

Darum geht es in diesem Buch. Es zeigt in vielen Facetten den Mechanismus auf, mit dem völlig unschuldige Menschen in dieser Gesellschaft zu Aussätzigen erklärt, mundtot gemacht, mit Rufmord fertig gemacht, vor Gericht gezerrt, in Schauprozessen abgeurteilt, bestraft, eingesperrt, beruflich ruiniert und gesellschaftlich ausgegrenzt werden unter dem Applaus der Medien und allgemeiner gesellschaftlicher Genugtuung, wieder einmal einen gefährlichen Hexenmeister (oder „Nazi“) erfolgreich zur Strecke gebracht zu haben. Ob ein einziger deutscher Politiker je begreifen wird, auf welchem monströsen, gesinnungsterroristischen Pfad sich diese deutsche Gesellschaft befindet?

Im Namen der über hunderttausend Deutschen, die in den letzten zehn Jahren wegen friedlicher Meinungsäußerungen strafverfolgt wurden – die Beweise dazu finden Sie in diesem Buch –, möchte ich die Hoffnung nicht aufgeben, dass eines Tages wieder Licht scheine in meinem Vaterland, das ins dunkelste Mittelalter zurückzufallen droht. Vielleicht kann ich dann eines Tages wieder aus meinem erzwungenen Exil als freier Mann nach Hause zurückkehren...

Zitate

"Wir erleben einen antideutschen Rassismus. Alle Länder der Welt erlauben es sich, die Deutschen zu beleidigen, und ich frage mich manchmal, ob wir nicht völlig verrückt sind, daß wir uns nicht zu wehren wagen."

(Monika Maron, Schriftstellerin, Quelle: Die Woche v. 15.1.1999)

"Nur die Lüge braucht die Stütze der Staatsgewalt, die Wahrheit steht von alleine aufrecht."

(Benjamin Franklin, 1706 - 1790)

"Das deutsche Kriegsschuldbewußtsein stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezüglichungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar."

(Prof. Elmar Barnes, US Historiker)

"Man kann einem Volk nicht trauen, welches sich rund um die Uhr in intellektueller Selbstverachtung übt. Für mich als Este ist es kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren, ohne dabei schief angesehen zu werden - aber nicht etwa von den Esten oder Finnen, sondern von den Deutschen selbst!"

(Lennart Meri, estnischer Schriftsteller, Filmemacher und Politiker ; 3. Oktober 1995)

"Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, um so besser. Lügen, Betrug - alles ... Ich tat mein Bestes, um auf diesem Wege auch das älteste Ziel unserer psychologischen Kriegführung zu fördern: Deutsche gegen Deutsche aufzuhetzen."

(Sefton Delmer, Chef-Kriegspropagandist Englands, "Die Deutschen und ich", Hamburg, 1961, S. 617)

"Bis zum heutigen Tag gibt es so etwas wie eine unabhängige Presse in der Weltgeschichte nicht. Sie wissen es und ich weiß es. Es gibt niemanden unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben, und wenn er es tut, weiß er im Voraus, dass sie nicht im Druck erscheint. Ich werde jede Woche dafür bezahlt, meine ehrliche Meinung aus der Zeitung herauszuhalten, bei der ich angestellt bin. Andere von Ihnen werden ähnlich bezahlt für ähnliche Dinge, und jeder von Ihnen, der so dumm wäre, seine ehrliche Meinung zu schreiben, stünde sofort auf der Straße und müsste sich nach einem neuen Job umsehen. Wenn ich meine ehrliche Meinung in einer Ausgabe meiner Zeitung veröffentlichen würde, wäre ich meine Stellung innerhalb von 24 Stunden los. Es ist das Geschäft der Journalisten, die Wahrheit zu zerstören, unumwunden zu lügen, zu pervertieren, zu verleumden, die Füße des Mammon zu lecken und das Land zu verkaufen für ihr tägliches Brot. Sie wissen es und ich weiß, was es für eine Verrücktheit ist, auf eine unabhängige Presse anzustoßen. Wir sind die Werkzeuge und Vasallen der reichen Männer hinter der Szene. Wir sind die Hampelmänner, sie ziehen die Strippen und wir tanzen. Unsere Talente, unser Fähigkeiten und unser ganzes Leben sind Eigentum anderer Menschen. Wir sind intellektuelle Prostituierte."

(John Swinton, US-amerikanischer Zeitungsverleger, 1829-1901; vor Redakteuren im Jahr 1889, zitiert nach: Richard O. Boyer und Herbert M. Morais, Labor's Untold Story, NY: Unted Electrical, Radio & Machine Workers of America, 1955/1979)

"Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das Deutsche. Keine Lüge kann grob genug ersonnen werden, die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgen sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung, als ihre wirklichen Feinde."

(Napoléon Bonaparte, französischer Feldherr und Kaiser)

"Wer die Wahrheit nicht kennt, der ist nur ein Dummkopf.
Wer die Wahrheit kennt und sie Lüge nennt, ist ein Verbrecher!"

(Galileo Galilei)

"Links kennt keine Grenzen. Ob du kochst wie Birolek oder Menschen entführst wie Markus Wolf: Hauptsache, die fünf Buchstaben zieren dein Button. Während Rechts das politische Todesurteil bedeutet, ist Links das 'Sesam-öffne-dich' ins Reich der Guten, weshalb besonders Unsichere das Wörtchen wie eine Grubenlampe vor sich hertragen ... Wer links ist, braucht kein Schamgefühl, keinen menschlichen Anstand, kein Geschichtswissen: Er befindet sich a priori auf der Seite der Guten. Und nur auf dieses eine Wort reagiert der Reflex: Du kannst einen Linken einen Lügner, Raffke, Menschfeind nennen, es wird ihn kalt lassen. Selbst 'Kinderschänder' dürfte an ihm abperlen wie Regen am Ostfriesennerz. Doch nennst du ihn einen Rechten, dann geht er hoch wie ein Rakete."

(Freya Klier, Autorin und Dokumentarfilmerin, im Novemberheft 2000 der Zeitschrift "Mut")

"Die Unterwürfigkeit der Deutschen kann ich nicht ertragen. Sie sollen Integrationsanstrengungen auch wirklich einfordern." (...)

"Die Türken wollen Europa demografisch erobern."

(Necla Kelek, Soziologin und Autorin)

„Der Antigermanismus scheint wie der Antisemitismus zu den Grundbedürfnissen der Welt zu gehören; er bedarf keiner Begründungen. Wenn man heute eine Zeitung aufschlägt, sieht man, wie ihm gefrönt wird wie einer Orgie, auch von Landsleuten.“

(Ernst Jünger)

»Der Haß als Faktor des Kampfes, der unbeugsame Haß dem Feind gegenüber, der den Menschen über die natürlichen Grenzen hinaus antreibt, und ihn in eine wirksame, gewaltsame, selektive und kalte Tötungsmaschine verwandelt. Unsere Soldaten müssen so sein.«

(Ernesto ›Che‹ Guevara in: »Partisanenkrieg - eine Methode«)

Zitate

"Rechts steht für Persönlichkeit, Vertikalität, Transzendenz, Freiheit, Subsidiarität und Vielfalt, links steht für Kollektivismus, Horizontalismus, Materialismus, Gleichheit-Nämlichkeit, Zentralismus und Einfach (in beiden Sinnen des Wortes).

...

Right is right and left is wrong"

(Erik Maria Ritter von Kuehnelt-Leddihn, * 31. Juli 1909 in Tobelbad, Steiermark; † 26. Mai 1999 in Lans, Tirol, österreichischer Publizist)

Der Linke fühlt sich verfolgt, wenn er nicht gerade dabei ist, jemanden zu verfolgen.

(Nicolás Gómez Dávila, 1913 - 1994, kolumbianischer Philosoph)

Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten.

Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge.

Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.

(Bertolt Brecht, 1898-1956)

„Ich bin ja auch immer von den Rechten angegriffen worden. Aber die Linken sind in der Gemeinheit der Beleidigung viel virtuoser als die Rechten. Die sind einfach infamer und bösartiger als die Rechten.“

(Martin Walser, Schriftsteller, Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels)

Auch wenn 50 Millionen Menschen Blödsinn reden, bleibt es immer noch Blödsinn.

(Anatole France, französischer Autor, 1844-1924)

Auch die Bretter, die mancher vor dem Kopf trägt, können die Welt bedeuten.

(Werner Finck, deutscher Kabarettist, 1902-78)

Bevor man den Kopf schüttelt, sollte man sich vergewissern, dass man einen hat.

(Hans Kasper, deutscher Autor, 1916-90)

"Der Kommunismus findet Zulauf nur dort, wo er nicht herrscht."

(Henry Kissinger)

"Der "moderne" Kommunist, ist wie ein irrer, suizidgefährdeter Parasit.

Was sonst, tötet freiwillig seinen Wirt?"

-Verfasser Unbekannt-

"Der Edle strebt nach Harmonie, nicht nach Gleichheit. Der Gemeine strebt nach Gleichheit, nicht nach Harmonie."

(Konfuzius)

"Kommunisten bezeichnen sich gelegentlich als Intellektuelle.

Intellektuelle bezweifeln gelegentlich die eigene Existenz."

-Verfasser Unbekannt-

"Der wahre Faschismus ist der Weltfaschismus."

(Robert Halbhuber)

"Ein Kommunist hat Marx und Lenin gelesen.

Ein Antikommunist hat Marx und Lenin verstanden."

(Ronald Reagan)

"Die neuen Tugendwächter sind die traurigen Reste und Abkömmlinge der 68er Bewegung, die den langen Marsch durch die Institutionen geschafft haben und jetzt in Zeitungsredaktionen, Parteisekretariaten, Kirchenversammlungen, Seminaren und Institutionen sitzen."

Zeitgeistmagazin Wiener, 1996

"Zur Zeit ist es der Tugendterror der Politischen Correctness, der freie Rede zum halsbrecherischen Risiko macht."

(Martin Walser)

"Natürlich darf jeder seine Meinung sagen - vorausgesetzt, er vertritt keine deutschen Interessen."

(Jürgen Schwab)

"Der Volksverhetzungsparagraph: Ein hilfloser Versuch, den Historikerstreit mit juristischen Mitteln autoritativ zu entscheiden."

(Horst Meier, *taz*, 5.2.1996)

"Man verbrennt heute keine Ketzer mehr, das ist immerhin ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Zeit Martin Luthers."

(Ortwin Lowack (MdB), 1991))

Zitate

"Kaum jemand weiß, daß Deutschland bis heute vertraglich gebunden ist, sich an die Geschichtsversion der Siegermächte zu halten. ... Die Verpflichtung Deutschlands, die eigene Geschichte durch die fremde Brille zu sehen, wurde 1990 vertraglich verlängert!"
Dr. Bruno Bandulet

"Ich werde Deutschland zermalmen"

Theodore Roosevelt junior von 1932 (!) Quelle: E. Reichenberger „Wider Willkür und Machtrausch“, Graz, 1955, S. 241

"Was wir wollen, ist eine restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft."
Winston Churchill 1938

"Dieser Krieg ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands."
Winston Churchill - am 3.9.1939, dem Tag der britischen Kriegserklärung

"Wir haben sechs oder sieben Millionen Deutsche umgebracht. Möglicherweise werden wir eine weitere Million oder so töten, bevor der Krieg zu Ende ist."
Winston Churchill, Kriegsverbrecher und Freimaurer am 7.2.1945 auf der Konferenz von Jalta

"Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuß zu tun, verhindern können, daß der Krieg ausbrach, aber wir wollten nicht."
Winston Churchill 1945

"Der Krieg ging nicht allein um die Beseitigung des Faschismus in Deutschland, sondern um die Erringung der deutschen Absatzmärkte."
Winston Churchill - in seiner Rede in Fulton im März 1946

"Stalin war also so ein Typ wie wir, nicht nur, daß er sich als Revolutionär verstanden und gelebt hat, sondern er war im wahrsten Sinne des Wortes eben auch ein Typ."
Joschka Fischer

„Man muß das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse, in Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten. Überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“
Goethe

"Niemand darf wegen (...) seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. (...) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten (...) Eine Zensur findet nicht statt."
Grundgesetz der BRD - Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit möge jeder aufmerksame Beobachter selber beurteilen....

"Die höchste Ehre, die einem Menschen zuteil werden kann, ist die, wegen der Liebe zu seinem Volke von dessen Feinden gehasst zu werden."
Erich Limpach (1899-1965), deutscher Lyriker

"Noch sitzt ihr da oben, ihr feigen Gestalten, vom Feinde bezahlt und dem Volke zum Spott. Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk und es gnade euch Gott."
Theodor Körner

"Es ist kein Zeichen von Gesundheit, an eine von Grund auf kranke Gesellschaft gut angepasst zu sein."
Jiddu Krishnamurti, indischer Philosoph und Theosoph

"Wir sind bei Rechtsextremisten härter vorgegangen als bei Linksextremisten – weil die Zustimmung in der Bevölkerung hier viel größer ist. Manchmal gingen wir sogar weiter, als der Rechtsstaat eigentlich erlaubt."
Günther Beckstein, Merkur, 16.11.2011

„Man darf die Mehrheit nicht mit der Wahrheit verwechseln.“
Jean Cocteau, französischer Schriftsteller, Maler, Filmregisseur (1889-1963)

“Typisch für ein gegen das eigene Volk gerichtetes System ist es, Kriminelle zu schonen, aber politische Gegner als Kriminelle zu behandeln.”
Solschenizyn (1918-2008), russischer Schriftsteller, Dramatiker und Träger des Nobelpreises für Literatur

Noch mehr Zitate zu beiden Weltkriegen und zum "Dritten Reich" (aus "unverdächtigen" Quellen) sind [hier](#) zu finden.